



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2004

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium

für Stadtentwicklung, Wohnen
und Verkehr

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Epl 11 EU	10
Zusammenfassung der Stellenübersicht	11
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2004	12
Kapitel 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	14
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	29
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	43
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	64
Kapitel 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen	76
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen	87
Kapitel 11 410 Straßenbauämter	101
Kapitel 11 420 Autobahnamt	118
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	131
Kapitel 11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger	164
Kapitel 11 490 Luftfahrt	170
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	174
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2004	183
Stellenübersicht des Einzelplans 2004	185
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	188

VORWORT

VERZEICHNIS

der Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg

A. Behörden

1. Landesoberbehörden

- Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen - Kapitel 11 400 -

2. Untere Landesbehörden

- Straßenbauämter- Kapitel 11 410 -

- Autobahnamt - Kapitel 11 420 -

B. Einrichtungen

- Institut für Stadtentwicklung und Wohnen - Kapitel 11 100 -

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnungsbauförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit , gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung
Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesen
Kapitel 11 100 - Institut für Stadtentwicklung und Wohnen
Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen
Kapitel 11 410 - Straßenbauämter
Kapitel 11 420 - Autobahnamt
Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau
Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger
Kapitel 11 490 - Luftfahrt
Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 11 010: Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Kapitel 11 020: Allgemeine Bewilligungen

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- EU - Gemeinschaftsinitiative URBAN II
- Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam gem. Hauptstadtvertrag
- Ausgaben im Rahmen von Planfeststellungsverfahren u. a. für den Großflughafen

Kapitel 11 040: Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Das Kapitel enthält die Ausgabemittel für die Städtebauförderung, d.h. für Maßnahmen des Stadtumbaus und der Erhaltung, Erneuerung, Aufwertung und Aktivierung von Stadtgebieten. Hierzu gehört im Wesentlichen die Förderung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen einschließlich der Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes, die Förderung der Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsvorhaben sowie die Förderung von städtischen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Die Unterstützung des Landes zielt dabei auf einen koordinierten Förderprogrammeinsatz. Die Städte und Gemeinden sollen eine Schwerpunktsetzung vornehmen, die den Erfordernissen einer langfristig angelegten Stadtentwicklungspolitik entspricht.

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Gemeinden für stadtweit zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen abgestimmte Konzepte und darauf aufbauende Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt. Hierbei wird stets die Gesamtstadt betrachtet, in der unterschiedliche Handlungsgebiete (z.B. zur Konsolidierung, zum Rückbau oder zur Aufwertung der Wohngebiete) festgelegt werden können. Je nach Aufgabenstellung in der jeweiligen Stadt können die Fördermittel für den Stadtumbau zusätzlich oder alternativ zu den regulären Programmen der Stadterneuerung eingesetzt werden.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt, in einzelnen Fällen auch für die Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen gemäß § 165 ff BauGB. Im Rahmen der Stadtsanierung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert. Diese Maßnahmen können auch Bestandteil städtischer Stadtumbaukonzepte sein. Auf der Grundlage gebietsbezogener kommunaler Schwerpunktsetzungen können darüber hinaus auch weniger umfassende Maßnahmen der einfachen Stadterneuerung gefördert werden, bei denen das besondere Städtebaurecht nicht zur Anwendung kommt.

Der Wandel der demographischen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen erfordert die gezielte Unterstützung von kommunalen Maßnahmen der Stadtentwicklung. Förderfähig sind die Erarbeitung kommunaler Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte, die in besonderem Maße den stadtentwicklungspolitischen Grundsätzen der Nachhaltigkeit der gemeindlichen Entwicklung und der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit zugute kommen oder Grundlage für die erforderliche teilräumliche Schwerpunktsetzung bei weitergehenden städtebaulichen Maßnahmen sind. Diese Maßnahmen dienen der Erneuerung oder Aktivierung von nicht oder nicht mehr genutzten Stadtgebieten. Für derartige Schwerpunktbereiche der Stadtentwicklung können Analysen, Planungen und bauliche Maßnahmen sowie in besonderen Fällen die externe Prozesssteuerung unterstützt werden. Wesentliche förderfähige Aufgaben sind die Reaktivierung städtebaulich relevanter Brachflächen durch Abbruch, Beräumung, Sanierung und Erschließung und in Einzelfällen die Neuerschließung von weiteren baulich nutzbaren Flächen im zur nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung unverzichtbaren Umfang.

In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf werden sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die zur nachhaltigen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile führen z.B. durch Fördermittel des Programms „Zukunft im Stadtteil - ZiS 2000“, insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Außerdem werden Mittel zur Förderung der städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete bereitgestellt. Große Neubaugebiete sind in industrieller Fertigbauweise errichtete Siedlungen oder Siedlungsgebiete mit in der Regel mehr als 2.000 Wohnungen.

Kapitel 11 060: Angelegenheiten des Wohnungswesens

In diesem Kapitel sind im wesentlichen die Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen und das Wohngeld veranschlagt.

Kapitel 11 100: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Stadtentwicklung und Wohnen.

Das Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (ISW) ist eine dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) nachgeordnete Einrichtung und unterliegt dessen Dienst- und Fachaufsicht. Es hat seinen Sitz in Frankfurt (Oder).

Das ISW versteht sich als kompetenter, erfahrener und verlässlicher Partner und Dienstleister auf dem Gebiet einer nachhaltigen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik im Land Brandenburg.

In diesem Sinne liegen die Aufgaben des Instituts darin, Wissen zu erarbeiten, Know-How bereitzustellen und Prozesse zu organisieren. Dies geschieht mit dem Ziel, Planungen und Investitionsentscheidungen des Landes und der Kommunen auf eine breite fachlichen Grundlage und soliden Datenbasis zu stellen:

- Das ISW spürt sich wandelnde Trends der Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft frühzeitig und vor Ort auf.
- Es ermittelt in den Städten des Landes Brandenburg wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Problemlagen und Handlungsbedarfe.
- Es recherchiert und dokumentiert Fachwissen und entwickelt daraus bedarfsgerechte Handlungsansätze für Städte, das Land und die Wohnungswirtschaft.
- Es evaluiert die Wirkungen von Förder- und rechtlichen Instrumenten im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen.
- Das ISW agiert als Informationsmittler und Kommunikator zwischen Kommunen und dem Land sowie zwischen den Kommunen untereinander.
- Es initiiert Prozesse der Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden, dies auch grenzüberschreitend mit den polnischen Partnern.

Damit leistet das ISW einen wichtigen Beitrag insbesondere zur Optimierung des Einsatzes von Fördermitteln für Maßnahmen der Stadtentwicklungs –und Wohnungspolitik.

Kapitel 11 400: Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Die Landesbehörde hat ihren Sitz in Dahlewitz-Hoppegarten mit einer Außenstelle in Cottbus.

Sie ist Obere Verkehrs- und Straßenbaubehörde sowie Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Bautechnisches Prüfamts des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfungsaufgaben im Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr, im Straßenbau und im konstruktiven Ingenieurbau sowie in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung und in bautechnischen Angelegenheiten. Für deren rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

Kapitel 11 410: Straßenbauämter

Im Land Brandenburg nehmen 6 Straßenbauämter die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr.

Die Straßenbauämter verwalten über 8.500 km Landes- und Bundesstraßen, 1.154 Brücken, davon 2.809 km und 450 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes. Ihnen obliegt dabei die Unterhaltung, der Neubau sowie die Planung von Landes- und Bundesstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung.

Weitere Aufgaben der Straßenbauämter bestehen in der

- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes
- Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Zustimmung zum Bau der den Straßenkörper querenden Medienträger
- Durchsetzung des bestehenden Verkehrsrechts im Verantwortungsbereich, Klärung von Rechtsstreitigkeiten sowie
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen

In diesem Kapitel ist der Verwaltungshaushalt der Straßenbauämter (Personal-, Sach- und investive Ausgaben) eingestellt. Bei den investiven Ausgaben (Hauptgruppe 8) besteht eine Trennung zwischen den Investitionen der Verwaltung der Straßenbauämter und den Investitionen der Straßenmeistereien, die im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes vom Bund refinanziert werden.

Diese sind im Kapitel 11 460 eingestellt.

Kapitel 11 420: Autobahnamt

Das Autobahnamt hat die Funktion eines Betriebs- und Neubauamtes zu erfüllen. Zu seinen Aufgaben gehören

- Planung und Vorbereitung für Neubau, Erweiterung, Um- und Ausbau sowie Erneuerung von Autobahnen, einschließlich Nebenanlagen
- Bauüberwachung der zu realisierenden Maßnahmen
- Verwaltung der Autobahnen und Nebenanlagen
- Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrslenkende undverkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Durchführung des Winterdienstes
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems.

Das Amt verwaltet eine Streckenlänge von 791 km Autobahnen, darunter 1.582 km Richtungsfahrbahnen sowie mehr als 600 Brückenbauwerke. Die längste Autobahnstrecke von Landesgrenze zu Landesgrenze beträgt rund 320 km. Die Dichte km Autobahn pro qkm Landesfläche beträgt 0,026 (im Vergleich dazu Nordrhein-Westfalen 0,062, Hessen 0,044).

Gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG verwalten die Länder die Bundesautobahnen im Auftrag des Bundes. Da die Einrichtung der Behörden für die Auftragsverwaltung Angelegenheit der Länder ist, werden die Aufwendungen für die Verwaltung des Autobahnamtes im Kapitel 11 420 veranschlagt.

Kapitel 11 460: Straßen- und Brückenbau

In diesem Kapitel sind die Zweckausgaben für die Unterhaltung, einschließlich Winterdienst, die Instandsetzung, der Um- Aus- und Neubau sowie die Ausgaben der Entwurfsbearbeitung und Planung der in der Baulast des Landes Brandenburg befindlichen Straßen, Brücken und Radwege veranschlagt.

Die Ausgaben für Entwurfs- und Planungsbearbeitung sowie Bauaufsicht an Bundesfernstraßen sind entsprechend dem Bundesfernstraßengesetz gesondert eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgabemittel für die kommunalen Förderprogramme gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und der Zuweisungen für Investitionen für den kommunalen Straßenbau, Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Kapitel 11 470: Förderung der übrigen Verkehrsträger

Veranschlagt sind Mittel für verkehrspolitische Grundsatzuntersuchungen als wesentliche Grundlage zur Umsetzung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes.

Für Binnenhäfen werden erforderliche Untersuchungen einschl. der planungs- und baurechtlichen Genehmigungsverfahren, die nicht über andere Förderprogramme förderfähig sind, finanziert. Weiterhin werden investive Maßnahmen zur Modernisierung bzw. Erweiterung gefördert, vor allem als Voraussetzung zur Ansiedlung von hafentypischem Gewerbe.

Auf der Grundlage des Brandenburgischen Landeswassergesetzes sowie der Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für die Ausstattung mit Schifffahrtszeichen und für die Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer veranschlagt.

Kapitel 11 490: Luftfahrt

Auf der Grundlage der Luftverkehrskonzeption erfolgt eine bedarfsgerechte Entwicklung des Luftverkehrs als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor des Landes. Zur Umsetzung dieser Zielstellung gewährt das Land Investitionszuschüsse. Schwerpunkte sind dabei die Entwicklung höherwertigen Verkehrs an ausgewählten Landeplätzen, die Verbesserung ihrer Verkehrsanbindung und die Erhöhung der Sicherheit.

Neben der Investitionsförderung sind Mittel zur Errichtung und zum Betrieb von Flugsicherungsstellen veranschlagt. Dadurch wird ein höherwertiger gewerblicher Verkehr als Voraussetzung einer wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht.

Zur Gewährleistung der Luftaufsicht gem. § 29 Luftverkehrsgesetz sind Mittel veranschlagt, um den gesetzlich übertragenen Auftrag zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Luftverkehrs sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung umzusetzen.

Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg. Danach sind die entsprechenden konsumtiven und investiven Mittel veranschlagt.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen. Hierfür sind die entsprechenden Mittel eingestellt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß den entsprechenden Investitionsrichtlinien durch das Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen bewilligt werden.

Zur Erstattung von Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a Personenbeförderungsgesetz sind hierfür die erforderlichen Mittel eingestellt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger des Einzelplans

	2003	2004
1. Ruhestand	11	11
2. Hinterbliebene	3	3
Zusammen	14	14

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind im Einzelplan 20 Kapitel 710 Titel 432 10 veranschlagt.

kw-Vermerke im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen in der Landesverwaltung Brandenburg (Sozial-TV-BB)

Die bei den Titeln 425 und 426 ausgebrachten Sperrvermerke werden nur dann wirksam, wenn die Tarifvertragsparteien nicht bis zum 31. Januar 2004 die Übernahme des Tarifvertrages erklären. Erfolgt die Übernahme nicht, soll die Umsetzung dieser kw-Stellen durch betriebsbedingte Kündigungen in 2004 erfolgen. Im Einzelplan 11 sind für diesen Fall insgesamt 121 kw-Stellen ausgebracht.

Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln nach dem Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006 für Zwecke des Einzelplans

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006" in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TG 82, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TG 70 veranschlagt. Bei beiden Fonds erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE- und ESF-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Veränderungen am vorgesehenen Mitteleinsatz können sich in Folge der Programmanpassung zur Halbzeit des Förderzeitraums (Art. 21 (4) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999) ergeben.

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	HH-Ansatz 2004	davon Bundes-/ Landes- mittel zur Kofinan- zierung	EU- Mittel 2004
Angaben in 1.000 EUR				
Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TG 82)				
11 040/883 33	Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung	17.500,0	1.218,6	18.278,7
11 460/ TG 60	Bauliche Maßnahmen an Landesstraßen und Brücken	95.852,8	19.178,2	19.178,2
	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht			
und				
11 460 /				
714 70 und				
715 70				
außer 518 60,				
823 60, 883 60				
11 490/892 10	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 *)	0 *)	0 *)
und	Erwerb von Geräten zur Verbesserung der Flugsicherheit			
11 490/892 11				
11 500/883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	9.000,0	1.278,2	3.834,7
und	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen			
11 500 /891 10		15.815,8		
Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030, TG 70)				
11 040/883 33	Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung	17.500,0	460,0	1.073,7

***) weniger infolge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004**

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2004

Bezeichnung	2003	2004
1 Planmäßige Beamte und Richter	752	756
2 Beamtete Hilfskräfte	0	0
3 Angestellte	1106	1089
4 Arbeiter	911	910
Stellensoll (1-4)	2769	2755
Beamte im Vorbereitungsdienst	0	8
Auszubildende	67	67
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	0	0
Angestellte	2	1
Arbeiter	0	0
Summe Leerstellen	2	1

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		22.100			22.100	14.206.900
11020		2.449.300	4.506.900		6.956.200	-1.488.100
11040		800.000		59.216.900	60.016.900	
11060		2.500	76.500.000	29.134.000	105.636.500	
11100		2.000			2.000	1.880.100
11400		1.328.000	10.000		1.338.000	13.701.000
11410		486.600	8.326.700		8.813.300	65.403.500
11420		503.100	14.868.100		15.371.200	30.916.500
11460		297.000	14.095.000	38.522.200	52.914.200	
11470		100.000			100.000	
11490		25.000			25.000	
11500			396.883.800	21.614.800	418.498.600	
Summe 2004		6.015.600	515.190.500	148.487.900	669.694.000	124.619.900
Summe 2003		13.390.800	538.163.500	138.671.200	690.225.500	109.364.200
Vgl. zu 2003		-7.375.200	-22.973.000	+9.816.700	-20.531.500	+15.255.700

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
2.434.600			250.300		16.891.800	-16.869.700
-1.968.300	7.765.800		4.224.400		8.533.800	-1.577.600
143.200	7.500		136.193.800	-1.537.300	134.807.200	-74.790.300
604.800	314.868.500		81.604.800		397.078.100	-291.441.600
256.500			20.000		2.156.600	-2.154.600
1.385.900			216.600		15.303.500	-13.965.500
3.007.400			549.800		68.960.700	-60.147.400
1.536.600			454.400		32.907.500	-17.536.300
32.793.500	570.600	108.574.800	48.988.100	-8.600.000	182.327.000	-129.412.800
1.254.000	106.600		300.000		1.660.600	-1.560.600
157.500	400.000		137.000		694.500	-669.500
1.000.000	358.000.000		59.498.600		418.498.600	0
42.605.700	681.719.000	108.574.800	332.437.800	-10.137.300	1.279.819.900	-610.125.900
44.516.300	693.641.000	115.322.100	330.634.800	-25.383.300	1.268.095.100	-577.869.600
-1.910.600	-11.922.000	-6.747.300	+1.803.000	+15.246.000	+11.724.800	-32.256.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	26.981	18.000	21.000
--------	-----	-----------------------------	--------	--------	--------

112 10	011	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

119 10	011	Sonstige Einnahmen	500	23.000	0
--------	-----	--------------------	-----	--------	---

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an die Einnahmesituation.

119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	150	1.600	100
--------	-----	----------------------------------	-----	-------	-----

Siehe Vermerk bei Kapitel 11 020 Titel 531 20.

124 10	011	Mieten und Pachten	0	0	0
--------	-----	--------------------	---	---	---

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	5.600	1.000
--------	-----	---	---	-------	-------

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter landeseigener Kraftfahrzeuge sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.000
Summe		1.000

Summe HGr. 1:	48.200	22.100
---------------	--------	--------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Ausgaben - Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	167.488	0	0
---------------	------------	----------------------------------	----------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Gemäß der Kabinettsbeschlüsse vom 01.04.2001 zur Personalbedarfsplanung und vom 12.06.2001 zur weiteren Einsparung von Personalmitteln sind im gesamten Einzelplan für die Haushaltsjahre 2002 (23), 2003 (51) sowie für die Haushaltsjahre 2004 (50) und 2005 (78) Planstellen/Stellen und Beschäftigungspositionen kw.

421 10	011	Bezüge des Ministers	123.906	123.800	129.200
--------	-----	----------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Ministergesetzes einschließlich Dienstaufwandsentschädigung für den Minister. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	5.502.826	6.139.000	6.400.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr durch die Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

				2004 EUR
1.	Dienstbezüge			5.888.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen			512.000
Summe				6.400.000

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Staatssekretär	B9	hD	1	1
Ministerialdirigent	²⁾ B6	hD	5	5
davon ku: 5 nach B5 hD				
davon kw: 1 im Jahr 2004 (31.12.2004)				
Ministerialrat	B2	hD	17	17
Ministerialrat	A16	hD	15	15
Regierungsdirektor	A15	hD	22	23
davon kw: 1 im Jahr 2005 Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg				
1 im Jahr 2005 Flughafen Berlin Brandenburg International				
Oberregierungsrat	A14	hD	18	20
davon kw: 2 im Jahr 2005 Planfeststellungsbehörde Berlin Brandenburg				
Regierungsrat	A13	hD	3	3
Oberamtsrat	A13	gD	31	31
Amtsrat	A12	gD	19	19
Regierungsamtmann	A11	gD	1	2
Regierungsüberinspektor	A10	gD	2	4
davon kw: 2 im Jahr 2005 Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg				
Regierungsamtsinspektor	¹⁾ A9	mD	14	14
davon kw: 1 im Jahr 2005 Flughafen Berlin Brandenburg International				
Zusammen:			148	154

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.

²⁾ ku nach Bes.Gr. B5 mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	A15 hD	Regierungsdirektor	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
2	A14 hD	Oberregierungsrat	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
1	A11 gD	Regierungsamtmann	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
2	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
6	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
6	Stellen Zugänge insgesamt			
6	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

422 20 016 Unterhaltszuschüsse der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge) 70.500
neu

Erläuterungen:

Stellenübersicht:

Beamte im Vorbereitungsdienst und Dienstanfänger	Lfb.	2003	2004
Referendar ¹⁾ ANW hD		0	8
Zusammen:		0	8

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ Die Ausbildung dauert zwei Jahre; jährlich werden 4 Referendare ausgebildet.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Zugänge:

Neue Stellen

8	ANW hD	Referendar
8	Zugänge neue Stellen	
8	Stellen Zugänge insgesamt	
8	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 10 011 Vergütungen der Angestellten 6.083.069 6.333.500 6.950.000

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikanten geleistet werden.

	2004 EUR
1. Gesamtvergütung	5.490.500
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	1.459.500
Summe	6.950.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	4	4
Ia	hD	10	10
Ib	hD	7	7
Ila	hD	9	9
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
III	gD	31	31
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVa	gD	10	10
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	1	1
Vc	mD	22	22
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIb	mD	12	12
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	23	20
davon kw:	1 im Jahr 2005 Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg		
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IXb	eD	1	1
Zusammen:		130	127
Leerstellen:			
Ib	¹⁾ hD	1	0
Ila	²⁾ gD	1	1
Zusammen:		2	1

sonstige Stellenplanvermerke:

- ¹⁾ an die SPD-Landtagsfraktion abgeordneter Angestellter
²⁾ Beurlaubung gem. § 15 BErzGG

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

4	VII mD
4	Abgänge infolge PEK
4	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	
-4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	VII mD	Umsetzung von 11 400 / 425 10
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
1	Stellen Zugänge insgesamt	
<hr/>		
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1	Ib hD
1	Sonstige Abgänge
1	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

426 10	011	Löhne der Arbeiter	344.209	400.000	400.000
--------	-----	--------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Gesamtlöhne	316.000
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	84.000
Summe	400.000

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	5	5
MTL 6	1	1
MTL 4	1	1
MTL 2a	2	1
Zusammen:	9	8

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1	MTL 2a
1	Abgänge infolge PEK
1	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

427 10	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	100.000	100.000
--------	-----	---	---	---------	---------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
427 10

Erläuterungen:

Beschäftigung von Aushilfen im Planfeststellungsverfahren Ausbau Flughafen BBI.

427 20	011	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	29.308	150.000	150.000
--------	-----	-------------------------------------	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von Mitarbeitern des gehobenen Dienstes Verg.Gr. IIa BAT.

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugsvergütung	14.297	10.000	7.200
--------	-----	--------------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Trennungsentschädigung			2.200
2.	Umkzugskostenvergütung			5.000
Summe				7.200

Summe HGr. 4:	13.256.300	14.206.900
---------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	118.382	180.500	170.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf			68.000
2.	Bücher, Zeitschriften			66.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			30.000
4.	Sonstiges			6.000
Summe				170.000

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	48.604	103.800	80.000
--------	-----	--	--------	---------	--------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

				2004 EUR
1.	Postgebühren			46.000
2.	Mobilfunkanschlüsse			29.000
3.	Sonstiges			5.000
Summe				80.000

Anzahl der Mobilfunktelefone: 24

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

514 10 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 38.073 36.800 42.800

Kostenerstattungen für private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	16.500
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	800
3.	Verbrauchsmittel	24.000
4.	Sonstiges	1.500
	Summe	42.800

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	10	5	10	5
Arbeitsmaschine	1	0	1	0
Zusammen	11	5	11	5

Anzahl der Beschäftigten je PKW: 28

517 10 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 281.207 460.200 400.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1.	Heizung	75.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	90.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	127.000
4.	Grundbesitzabgaben	8.000
5.	Bewachungskosten	75.000
6.	Sonstiges	25.000
	Summe	400.000

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 11.770,42 m² Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 10 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 0 2.000 2.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Miete von Räumen z. B. für Personalversammlungen.

518 20 011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 68.882 64.300 84.000

Erläuterungen:

Mehr aufgrund von Neuausschreibung der Kopiertechnik mit Netzwerkanbindung.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 20

				2004 EUR
1.	Mieten einschl. Leistungsverträge für 5 Großkopierer			69.000
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für 3 Kleinkopierer			7.000
3.	Müllcontainer			5.000
4.	Sanitärbehälter			3.000
Summe				84.000

518 30 011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 10.762 10.300 13.800

1. Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
2. Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus
Titel 811 10 gedeckt werden.

Erläuterungen:

	2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge		vorhanden	neu
PKW	5	5	2
Zusammen	5	5	2

519 10 011 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 16.957 15.400 22.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

			2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke		22.000
Summe			22.000

525 10 011 Aus- (und Fort)bildung 132.009 76.000 236.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen der nicht mehr von der LaköV finanzierten reformbegleitenden Fortbildungen und für die im Rahmen der Qualifizierungsoffensive Straßenbauverwaltung anstehenden Fortbildungen.

			2004 EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten		230.000
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugscheines		6.000
Summe			236.000

526 10 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten -7.114 46.000 1.000.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
526 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		46.000		46.000
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		46.000		46.000

Erläuterungen:

Zunehmende gerichtliche Nachprüfungsverfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Wettbewerbsverfahren nach VOL mit sehr hohen Streitwerten erfordern ein Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

527 10 011 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 99.565 113.000 113.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

529 10 011 Verfügungsmittel 4.791 6.000 6.000

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muß die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

		2004 EUR
1.	Minister	3.700
2.	Staatssekretär	900
3.	Dienststellenleiter	1.400
Summe		6.000

532 10 011 Auslagen in Rechtssachen 0 2.000 2.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		2.000		2.000
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		2.000		2.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

541 10 011 Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen 35.557 40.900 40.900

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 2.500

davon fällig:

2005 bis zu 2.500

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		10.000		10.000
2005			2.500	2.500
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		10.000	2.500	12.500

546 20 011 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 115 2.000 2.000

Aus Titelgruppen

198.600

220.100

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 30) 011 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen 0 0 0

Summe HGr. 5:

1.357.800

2.434.600

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 011 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 256 25.600 25.600

1. Vgl. Haushaltsvermerk bei Titel 518 30

2. Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasing beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

2004

2004
EUR

2 PKW

25.600

Zusammen

25.600

812 10 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 0 38.300 38.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 10

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.1	Ausstattungen von Büroräumen			12.000
1.2	Sonstiges			4.000
	<i>Summe zu 1.</i>			<i>16.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	Ausstattungen von Büroräumen			16.000
2.2	Sonstiges			6.300
	<i>Summe zu 2.</i>			<i>22.300</i>
Zusammen				38.300
Aus Titelgruppen				282.000 186.400
Summe HGr. 8:				345.900 250.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	106.922	105.000	121.400
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

					2004 EUR
1.		Hardware			10.400
2.		Software			13.000
3.		Unterhaltung			57.500
4.		Kommunikation			40.500
5.		Sonstiges			0
Summe					121.400

518 99	011	Mieten	208	0	0
--------	-----	--------	-----	---	---

525 99	011	Aus- (und Fort)bildung	19.575	25.500	22.000
--------	-----	------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Aus- und Fortbildung			20.000
2.		Lehr- und Lernmittel			2.000
Summe					22.000

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	57.458	68.100	76.700
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

Benutzerentgelte für DV-Verfahren

					2004 EUR
1.		Juris			5.000
2.		DPA			2.500
3.		WWI			15.000
4.		DAS			40.000
5.		Sonstiges			14.200
Summe					76.700

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	87.556	282.000	186.400
--------	-----	--	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.1	Hardware			10.000
1.2	Software			17.000
1.3	Kommunikation			0
	<i>Summe zu 1.</i>			<i>27.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	Hardware			159.400
2.2	Software			0
2.3	Kommunikation			0
	<i>Summe zu 2.</i>			<i>159.400</i>
3.	Sonstiges			
3.1	Sonstiges			0
	<i>Summe zu 3.</i>			<i>0</i>
Zusammen				186.400

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	523.325	0	0
--------	-----	---------------------------	---------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	480.600	406.500
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	480.600	406.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			48.200	22.100
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0	0
Gesamteinnahme			48.200	22.100
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			13.256.300	14.206.900
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			1.357.800	2.434.600
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			345.900	250.300
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			14.960.000	16.891.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.911.800	-16.869.700

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	167.973	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0	0	0
--------	-----	---------------------------------------	----------	----------	----------

119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel	134.262	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	377.181	150.000	138.500
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Einnahmen fließen anteilig den Ausgaben bei Titel 631 20 zu.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	90.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf sonstiger beweglicher Sachen	48.500
Summe		138.500

Aus Titelgruppen		2.300.800	2.310.800
-------------------------	--	------------------	------------------

Summe HGr. 1:		2.450.800	2.449.300
----------------------	--	------------------	------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 61 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN I

287 61	440	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(282 61)	440	Sonstige Einnahmen aus dem Inland	0		0
----------	-----	-----------------------------------	---	--	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 0 0

TGr. 62 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

Erläuterungen:

Die Europäische Union fördert auf der Grundlage der im Rahmen der Initiative URBAN gesammelten Erfahrungen städtische Problemgebiete. Die erfolgreiche Bewerbung der Stadt Luckenwalde wurde durch das Land unterstützt. Ziel der Initiative ist es, der Verelendung gewachsener städtischer Areale entgegenzuwirken. Mit einem integrierten Ansatz sollen u.a. Maßnahmen aus dem Bereich Städtebau und Infrastruktur gefördert sowie neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung initiiert werden. Die EU fördert die notwendigen Maßnahmen mit einem Anteil 75 % der förderfähigen Ausgaben. Den verbleibenden Anteil trägt die Stadt.

Mehr entsprechend der im PGI vorgesehenen Abwicklung.

282 62	440	Sonstige Einnahmen aus dem Inland	0	12.800	6.900
--------	-----	-----------------------------------	---	--------	-------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem anteiligen Beitrag der Stadt Luckenwalde an den Ausgaben für die unabhängige Stelle und für die mit den Stichprobenkontrollen beauftragte Stelle.

287 62	440	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	1.040.900	2.448.000	4.500.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62, 633 62, 686 62, 883 62 und 893 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem anteiligen Beitrag der EU in Höhe von 75 % an den Ausgaben der einzelnen Projekte sowie an den Ausgaben für die unabhängige Stelle und für die mit den Stichprobenkontrollen beauftragte Stelle.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 2.460.800 4.506.900

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei TGr. 64.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	52.142	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freierwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64	950	Entnahme aus der Rücklage	3.058.939	0	0
--------	-----	---------------------------	-----------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0
-------------------------------------	---	---

TGr. 80 - Anhörung und Planfeststellung / Anhörung, Planfeststellung sowie Genehmigung u.a. nach Luft VG

111 80	011	Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren	245.410	2.300.800	2.310.800
--------	-----	---	---------	-----------	-----------

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 80 zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Einnahmen aus Gebühren für die Durchführung von luftrechtlichen Verwaltungsverfahren für Flugplätze nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) sowie die Erstattung von Auslagen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	2.300.800	2.310.800
-------------------------------------	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	4.761.600	6.817.700
--	-----------	-----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	4.458	10.000	8.900
--------	-----	--	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

		2004 EUR
1.	Fliegerärztliche Untersuchung	1.000
2.	Augenuntersuchungen, Personalkontrolluntersuchungen	7.900
Summe		8.900

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

443 30	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	135.035	150.000	139.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Weniger in Anpassung an den aktuellen Bedarf.

462 10	989	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0	-1.646.000	-1.636.000
--------	-----	--	---	------------	------------

Zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe können auch Titel außerhalb der Hauptgruppe 4 (HGr. 5 oder 6) herangezogen werden.

Aus Titelgruppen	0	0
-------------------------	----------	----------

Summe HGr. 4:	-1.486.000	-1.488.100
---------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	411	Ausgaben für Beiräte	0	5.000	5.000
--------	-----	----------------------	---	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für drei Sitzungen des Beirates für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	3.728	6.100	5.100
--------	-----	--	-------	-------	-------

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	209.079	338.000	210.000
--------	-----	-----------------------	---------	---------	---------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 010 Titel 119 20 geleistet werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
531 20

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **5.000**

davon fällig:

2005 bis zu 5.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		25.600		25.600
2005			5.000	5.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		25.600	5.000	30.600

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Die Mittel sind zentral bei Kapitel 11 020 veranschlagt.

Veranschlagt sind:

1. Laufende Veröffentlichungen aus dem Aufgabengebiet des Ministeriums, Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Informationen durch die Medien (Zeitung, Radio usw.), Dokumentationen einschließlich Veröffentlichungen des Landesamtes für Bauen, Straßenbau und Verkehr sowie des Brandenburgischen Autobahnamtes, Besucherbetreuung und Information.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung, Informationen zu Mietenregelungen, Kündigungsschutz, Wohngeld, Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung, Wohnungsbauförderung, Bau- und Planungsrecht, Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, Herausgabe von Broschüren, Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen.
3. Beteiligung an Fachmessen, Durchführung von Tagungen, Workshops und Präsentationen.
4. Sonstige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf den Gebieten Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

531 50 013 Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht 1.939 2.000 2.100

534 10 013 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten 24.165 20.500 25.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs. Die Intensivierung der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungsaustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Besuche und den Empfang ausländischer Besuchergruppen.

542 10 299 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch 0 39.300 65.400

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
542 10

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX).
Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

546 10	011	Sonstiges	4.178	0	0
546 15 neu	014	Entgelte für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg auf Grund von Servicevereinbarungen	1.254.134	1.132.000	1.413.000

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 020 / 671 10	1.254.134	1.132.000
Zusammen	1.254.134	1.132.000

		2004 EUR
1	Wohngeld	895.900
2	Netzanschlüsse LVN	281.000
3	Kommunikation	100.800
4	Datenverbund oberste Landesbehörde	17.500
5	TK-Verbund oberste Landesbehörde	48.500
6	IT-Weiterbildung	69.300
	Summe	1.413.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf und weil Zusatzkosten für den 2 MB-Wan-Verbund aus der TGr 99 nach einem Verteiler teilweise auf 11 020/ 546 15 übertragen wurden.

546 25	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	158.557	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	-2.621.300	-4.555.000
		Aus Titelgruppen		276.600	861.100
		Summe HGr. 5:		-801.800	-1.968.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 10 011 Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag 13.382.726 5.000.000 5.000.000

1. Von dem Ansatz entfällt ein Betrag von 2.556.459 EUR auf Mittel aus dem Steuerverbund gemäß § 4 Abs. 1 GFG.
2. Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 3.704.300

davon fällig:

2005 bis zu 1.476.800

2006 bis zu 2.227.500

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	4.500.000			4.500.000
2005	3.023.200		1.476.800	4.500.000
2006	128.200		2.227.500	2.355.700
2007				
2008 ff.				
Summen	7.651.400		3.704.300	11.355.700

613 11 014 Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung 933.847 951.000 1.037.400

Der Titel ist deckungsberechtigt gegenüber den Titeln der HG 4 des Einzelplans.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der gestiegenen Personalkosten.

631 10 011 Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel 3.698.503 0 0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

631 20 011 Rückzahlungen an den Bund aus der Veräußerung von beweglichen Sachen 0 0 0

Siehe Zufließvermerk bei Titel 132 10.

Erläuterungen:

Das Land ist im Rahmen der Auftragsverwaltung verpflichtet, die Veräußerungserlöse der für den Unterhaltungsdienst an Bundes- und Landesstraßen gemeinschaftlich beschafften und eingesetzten Fahrzeuge anteilmäßig, entsprechend dem jährlich festgelegten Lohnstundenschlüssel, an den Bund abzuführen (ohne Ausgaben für Investitionen).

633 11 019 Erstattung von Ausgaben für die DV-Ausstattung der unteren Bauaufsichtsbehörden 0 230.000 50.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
633 11

Erläuterungen:

Unterstützung der Einrichtung einheitlicher Internet-Bürgerportale für die Aufgaben der Bauaufsichtsbehörden des Landes Brandenburg (Bezug zur eGovernmentinitiative BundOnline2005). Aufgrund eines geänderten zeitlichen Ablaufs ist 2004 mit einem gegenüber 2003 geringeren Bedarf zu rechnen. Gefördert werden voraussichtlich die Stadt Potsdam und der Landkreis Havelland (Projektförderung).

671 11	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds und der GI URBAN II	143.334	23.000	118.500
--------	-----	---	---------	--------	---------

Erläuterungen:

Die ILB ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans. Erstmals ist das Entgelt für die Wahrnehmung der Geschäftsbesorgung durch die Bewilligungsstelle im Rahmen der GI URBAN II mit veranschlagt.

Mehr aufgrund der erstmaligen Veranschlagung des Anteils für URBAN II.

671 12	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds	0	15.400	15.400
--------	-----	--	---	--------	--------

Erläuterungen:

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans.

671 13	011	Beauftragung Dritter zur Prüfung von Verwendungsnachweisen	144.350	1.533.900	1.022.600
--------	-----	---	---------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Kosten für die Vergabe der gesetzlich vorgeschriebenen zeitnahen Prüfung von Verwendungsnachweisen/Zwischennachweisen im Bereich der Städtebauförderung.

Weniger entsprechend der vertraglich vereinbarten Abwicklung.

685 10	011	Mitgliedsbeiträge	8.198	9.300	8.800
--------	-----	--------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	600
2.	Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	600
3.	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG)	310
4.	Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	620
5.	Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	620
6.	Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.050
7.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.100
8.	AG Deutscher Verkehrsflughäfen	1.900
Summe		8.800

685 20	419	Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik	215.180	227.500	227.500
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
685 20

Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan des Deutschen Instituts für Bautechnik

Ausgaben:	Ist 2002 EUR	Soll 2003 EUR	Soll 2004 EUR
1. Personalausgaben	0	10.475.000	11.277.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	0	4.231.100	3.946.300
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)	0	626.000	628.000
4. Ausgaben für Investitionen	0	436.000	384.000
Zusammen:	0	15.768.100	16.235.300
Abzüglich Einnahmen:	0	7.818.900	8.122.300
Mithin Zuwendungsbedarf:	0	7.949.200	8.113.000

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2002 EUR	Soll 2003 EUR	Soll 2004 EUR
1. Zuwendungen vom Bund	0	505.100	1.457.000
2. Zuwendungen von anderen Ländern	0	7.216.600	6.428.500
3. Zuwendungen des Landes	0	227.500	227.500
Zusammen:	0	7.949.200	8.113.000

Stellenübersicht

	2004
1. Angestellte und Beamte	147
2. Arbeiter	0
Summe	147

685 30 419 Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. -DIN - 29.186 30.700 30.700

Aus Titelgruppen 0 254.900

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(671 10) 014 Erstattungen an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg 0
umgesetzt nach 11 020 / 546 15

Summe HGr. 6: 8.020.800 7.765.800

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

972 20 989 Globale Minderausgabe 0 -25.383.300 0

Aus Titelgruppen 0 0

Summe HGr. 9: -25.383.300 0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 61 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN I

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 61)	440	Ausgaben für Sachverständige	0		0
(883 61)	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-682		0
(893 61)	440	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	0		0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 0 0

TGr. 62 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

526 62	440	Ausgaben für Sachverständige	6.032	51.100	27.600
--------	-----	------------------------------	-------	--------	--------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 62 und 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der unabhängigen Stelle und der mit den Stichprobenkontrollen beauftragten Stelle. Diese werden zu 75 % durch die EU und zu 25 % durch die Stadt Luckenwalde finanziert.

633 62	440	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	254.900
--------	-----	---	---	---	---------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der erstmalig vorgenommenen bedarfsgerechten Veranschlagung zur Umsetzung der im PGI enthaltenen nicht-investiven Projekte.

686 62	440	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

883 62	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	102.987	2.409.700	4.224.400
--------	-----	---	---------	-----------	-----------

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger die Stadt Luckenwalde ist.

893 62	440	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger außergemeindliche Dritte sind.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 2.460.800 4.506.900

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

1. Einnahmen bei den Titeln 256 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.
2. Die am Jahresende verbleibenden zweckgebundenen Einnahmen bzw. Minderausgaben bei den Titeln der HGr. 4 dürfen zu 100% der Rücklage zugeführt werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

422 64	950	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeit	312.418	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Bezüge der Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

425 64	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeit	2.179.516	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

426 64	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeit	524.789	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64	950	Zuführung zu der Rücklage	4.631.619	0	0
--------	-----	---------------------------	-----------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0 0

TGr. 65 - Gründung eines Landesbetriebs Straßenwesen

Die Ausgaben der Titelgruppe sind bis zum Nachweis des Bedarfes gesperrt.

Erläuterungen:

Gem. Art. 2, § 6 Abs. 3 Haushaltssicherungsgesetz 2003 ist vorgesehen, Teile des Landesamtes für Bauen, Verkehr und Straßenwesen, das Autobahnamt und die sechs Straßenbauämter mit Wirkung vom 01.01.2005 in einen Landesbetrieb Straßenwesen zu überführen.
Die Ansätze der Titelgruppe 65 dienen der Anschubfinanzierung u. a. für externe Begleitung der Projektorganisation, für die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und eines betrieblichen Rechnungswesens sowie der damit verbundenen Softwareanpassung. Die Ansätze sind aufgrund der umfassenden Neustrukturierung erforderlich.

511 65 neu	011	Geräte, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände für Verwaltungszwecke		40.900	
---------------	-----	--	--	--------	--

525 65 neu	011	Fortbildung		0	
---------------	-----	-------------	--	---	--

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
525 65

Erläuterungen:

vgl. Kapitel 11 010 Titel 525 10.

537 65	029	Gutachten		200.000
neu				

Erläuterungen:

Erstmalige Veranschlagung der Ausgaben für externe Beratung z. B. Im Rahmen der Durchführung des Projekts.

538 65	029	Ausgaben für Datenverarbeitung		400.000
neu				

Erläuterungen:

Erstmalige Veranschlagung der Ausgaben für Softwareanpassung (Schwerpunkt Haushalt/Rechnungswesen), Einführung kaufmännischer Buchführungs- und KLR-Software, sowie zusätzlicher Lizenzen wie z. B. Pers-Info, DACHS-V.

546 65	029	Vermischte Verwaltungsaufgaben		0
neu				

547 65	029	Sonstige Dienstleistungen		0
neu				

812 65	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gebrauchsgegenständen		0
neu				

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65	0	640.900
-------------------------------------	----------	----------------

TGr. 80 - Anhörung und Planfeststellung / Anhörung, Planfeststellung sowie Genehmigung u.a. nach Luft VG

Siehe Vermerk zu 111 80.

Erläuterungen:

Die Mittel werden u.a. benötigt, um die geplanten Anhörungs- und Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Flughafen Schönefeld, die Landeplätze Neuhardenberg, Brandenburg-Briest, Cottbus-Drewitz und Brand durchzuführen.

511 80	759	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	79	10.200	10.100
---------------	-----	--	-----------	---------------	---------------

518 80	759	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	26.033	5.600	12.100
---------------	-----	--	---------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 80	759	Gutachten	39.081	127.800	125.000
---------------	-----	------------------	---------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
537 80

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		25.600		25.600
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		25.600		25.600

538 80	759 Ausgaben für die Datenverarbeitung	2.223	5.100	10.100
---------------	--	--------------	--------------	---------------

Erläuterungen:
Mehr in Anpassung an den Bedarf.

546 80	759 Vermischte Verwaltungsausgaben	208.303	51.200	10.200
---------------	------------------------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:
Weniger weil das Anhörungsverfahren für den Flughafen Schönefeld abgeschlossen ist.

547 80	759 Sonstige Dienstleistungen	36.264	25.600	25.100
---------------	-------------------------------	---------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	225.500	192.600
-------------------------------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	2.686.300	5.340.400
---	------------------	------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				2.450.800	2.449.300
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				2.460.800	4.506.900
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				0	0
Gesamteinnahme				4.911.600	6.956.200
Ausgaben					
HGr. 4 Personalausgaben				-1.486.000	-1.488.100
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				-801.800	-1.968.300
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				8.020.800	7.765.800
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				2.409.700	4.224.400
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben				-25.383.300	0
Gesamtausgabe				-17.240.600	8.533.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				22.152.200	-1.577.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	440	Gebühren, sonstige Entgelte	0	500	0
--------	-----	-----------------------------	---	-----	---

119 10	440	Sonstige Einnahmen	199.157	1.022.600	0
--------	-----	--------------------	---------	-----------	---

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

119 15	440	Rückflüsse aus Zuwendungen	1.227.177		800.000
--------	-----	----------------------------	-----------	--	---------

Einnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 546 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

In diesem Titel werden Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

Weniger in Anpassung an die erwarteten Einnahmeentwicklung.

173 25	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	2.454.950	3.159.700	0
--------	-----	---	-----------	-----------	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben beim Titel 631 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	1.776.660	2.106.500	0
--------	-----	---	-----------	-----------	---

Erläuterungen:

Es wird mit keinen nennenswerten Beträgen mehr gerechnet.

Summe HGr. 1:	6.289.300	800.000
---------------	-----------	---------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 11	411	Zuweisungen des Bundes zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete	5.160.267	5.414.800	3.928.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Siehe Vermerk bei Titel 883 11.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 11.

331 17 neu	440	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)	98.120		0
---------------	-----	---	--------	--	---

Siehe Vermerk bei Titel 883 17.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	18.545.064	16.972.400	16.978.300
--------	-----	--	------------	------------	------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
331 20

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.

331 27	440	Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt	1.993.700	2.684.800	2.717.300
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 27.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27.

331 30	440	Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	21.016.800	21.724.800	17.700.400
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 30.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30.

331 40	440	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus	2.542.600	0	17.892.900
--------	-----	---	------------------	----------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 40.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 41.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(331 22)	440	Zuweisung des Bundes (Oderprogramm)	5.113.000	0	0
----------	-----	--	------------------	----------	----------

(331 52)	440	Zuweisungen des Bundes für Modellstädte	0	0	0
----------	-----	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 3:	46.796.800	59.216.900
----------------------	-------------------	-------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Ausgaben			

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10 422 Ausgaben für Gutachten 79.042 102.300 102.300

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		102.300		102.300
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		102.300		102.300

Erläuterungen:

Es sind neue Gutachten zu folgenden Themenkomplexen vorgesehen:

	2004 EUR
1. Wirkungsanalyse zum Stadtumbau	22.300
2. Europa und Regionen - Nutzeffekte regionaler Kooperation	10.000
3. Neue Leitbilder zur Innenentwicklung - Durchführung Innenstadt Wettbewerb	10.000
4. Programmbegleitung ZIS, URBAN II und Soziale Stadt, NIPP-Newsletter und NIPP-Webside	30.000
5. Brandenburgische Bauordnung - Instrument der Stadtentwicklung	15.000
6. Bedeutung stadtbezogener Förderprogramme für Stadtentwicklung, lokale Arbeitskräfte und Kommunalfinanz	15.000
Summe	102.300

541 10 422 Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe 36.464 40.900 40.900

11
11 040
Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
541 10

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **230.000**

davon fällig:

2005 bis zu 230.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			230.000	230.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			230.000	230.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Fortsetzung und Durchführung neuer Veranstaltungen:

	2004 EUR
1. Städtumbau - Wirkungsanalyse	2.000
2. Europa und Regionen - Nutzeffekte regionaler Kooperation	2.000
3. Durchführung Innenstadtwettbewerb	10.000
4. Stadtentwicklungskonferenz	2.000
5. Soziale Stadt - eine kontinuierliche Aufgabe der Stadtentwicklung	5.000
6. Durchführung von 2 NIPP-Treffen	4.900
7. Informationsveranstaltung zur neuen Förderrichtlinie STÄDTEBAUFÖRDERUNG	3.000
8. Arbeitshilfe - Städtebauförderung im Land Brandenburg	10.000
9. Handlungserfordernis aus der Evaluierung der Städtebauförderung	2.000
Summe	40.900

Gleichbleibender Bedarf trotz Zuständigkeitsverlagerung zum Kapitel 11 060, aufgrund zusätzlicher Maßnahmen im Rahmen des Städtumbaus

546 10 011 Sonstiges 78.455 5.100 0

1. Die Erläuterungen sind verbindlich.
2. Mehrausgaben dürfen zur Erfüllung von Rechtsansprüchen aus den Ist-Einnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorhergesehen zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

Summe HGr. 5: 148.300 143.200

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	011	Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund	2.381.069	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Siehe Vermerk beim Titel 173 25.

Erläuterungen:

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezählten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00	419	Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU	8.410	9.200	7.500
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die Höhe des Anteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

Weniger in Anpassung an den Bedarf gem. Wirtschaftsplan 2004.

633 10	440	Zuweisungen an Gemeinden für die Erarbeitung von Stadumbaukonzepten	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		500.000		500.000
2005		500.000		500.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		1.000.000		1.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt waren die Mittel für die Erarbeitung kommunaler gesamtstädtischer und teilträumlicher Stadumbaukonzepte, die die Grundlage für den Rückbau von Wohnungen und infrastruktureller Einrichtungen sowie für Maßnahmen der funktionalen und gestalterischen Aufwertung städtischer Gebiete bilden. Die Bewilligung der Mittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie zur Stadtentwicklung sowie der Förderrichtlinie 99 zur Stadterneuerung an die Gemeinden.

Die Mittel für die Umsetzung der Konzepte sind bei Titel 883 41 veranschlagt.

Summe HGr. 6:	9.200	7.500
---------------	-------	-------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 11	411	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Bundesanteil)	5.138.341	5.414.900	3.928.000
--------	-----	--	------------------	------------------	------------------

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 11 erhöhen oder vermindern die Ausgaben dieses Titels.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 20, 883 27, 883 30 und Titel 883 40.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	2.989.800	1.392.900		4.382.700
2005	1.441.300	1.950.100		3.391.400
2006	472.500	1.950.100		2.422.600
2007				
2008 ff.				
Summen	4.903.600	5.293.100		10.196.700

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 20 % des Verfügungsrahmens für die Weiterentwicklung großer Neubaugebiete bereit. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Ab dem Programmjahr 1997 betragen die Finanzierungsanteile vom Bund und Land jeweils 33 1/3 %. Dementsprechend beträgt der Kommunalanteil gleichermaßen 33 1/3 %. Die Finanzhilfen werden u.a. eingesetzt zur Verbesserung des Wohnumfeldes, gebäudebezogener Außenanlagen, ergänzenden und erweiternden städtebaulichen Erschließung als Voraussetzung für die städtebauliche Verdichtung durch Wohnen, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen einschließlich erforderlichem Erwerb der Grundstücke. Die Zuteilungsraten sind vom Bund festgelegt und bestimmen den Ausgabenansatz. Im Jahr 2003 erfolgte letztmalig eine Bewilligung für diesen Zweck. Ab 2004 erfolgt nur noch die Ausfinanzierung bestehender Verpflichtungen.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	EUR
Vorbehalten	8.468.625
Hiervon veranschlagt	3.927.965
Vorbehalten bleiben	4.540.660

davon für	
Hj. 2005	2.754.718
Hj. 2006	1.223.038
Hj. 2007	562.904
Hj. 2008	-

Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:

Gesamtzusendungen des Landes	-
Hiervon veranschlagt	-
Vorbehalten bleiben	-
Veranschlagt zusammen	-
Vorbehalten bleiben	-

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	4.903.568
davon werden fällig	
Hj. 2004	2.989.792
Hj. 2005	1.441.276
Hj. 2006	472.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

883 12 411 Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Landesanteil) 5.138.341 5.414.900 3.928.000

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 21, 883 28, 883 31, 883 33 und Titel 883 41.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	2.989.800	1.392.900		4.382.700
2005	1.441.300	1.950.100		3.391.400
2006	472.500	1.950.100		2.422.600
2007				
2008 ff.				
Summen	4.903.600	5.293.100		10.196.700

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 11.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	EUR
Vorbehalten	8.468.625
Hiervon veranschlagt	3.927.965
Vorbehalten bleiben	4.540.660
davon für	
Hj. 2005	2.754.718
Hj. 2006	1.223.038
Hj. 2007	562.904
Hj. 2008	
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	-
Hiervon veranschlagt	-
Vorbehalten bleiben	-
Veranschlagt zusammen	-
Vorbehalten bleiben	-

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	4.903.568
davon fällig	
Hj. 2004	2.989.792
Hj. 2005	1.441.276
Hj. 2006	472.500

883 17 440 Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung) 98.120 0

Ausgaben dürfen in Höhe der bei Titel 331 17 erwarteten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, welche Projekte vom Bund gefördert werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

883 20 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil) 17.579.376 16.972.500 16.978.300

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 20 erhöhen oder vermindern die Ausgaben dieses Titels.

2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 16.448.100

davon fällig:

2005 bis zu 4.328.400

2006 bis zu 6.059.800

2007 bis zu 3.462.800

2008 ff bis zu 2.597.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	11.848.200	4.365.900		16.214.100
2005	5.932.900	6.112.300	4.328.400	16.373.600
2006	2.542.500	6.112.300	6.059.800	14.714.600
2007			3.462.800	3.462.800
2008 ff.			2.597.100	2.597.100
Summen	20.323.600	16.590.500	16.448.100	53.362.200

Erläuterungen:

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung; die Förderanteile betragen 40 % der förderfähigen Kosten. Das Land beteiligt sich an der Förderung in gleicher Höhe. Als ausgewählte Kommunen mit historischen Stadtkernen sind festgelegt: Angermünde, Bad Freienwalde, Beeskow, Dahme, Herzberg, Jüterbog, Luckau, Neuruppin, Perleberg, Potsdam, Altlandsberg, Belzig, Gransee, Treuenbrietzen, Brandenburg, Kyritz, Templin und Wittstock. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzusammenfassungen der Vorjahre bleiben

	EUR
Vorbehalten	36.528.331
Hiervon veranschlagt	16.112.612
Vorbehalten bleiben	20.415.719
davon für	
Hj. 2005	11.903.039
Hj. 2006	5.954.031
Hj. 2007	2.558.649
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusammenfassungen	17.313.521
Hiervon veranschlagt	865.676
Vorbehalten bleiben	16.447.845
Veranschlagt zusammen	16.978.300
Vorbehalten bleiben	36.863.564

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 20

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	20.323.557
davon fällig	
Hj. 2004	11.848.198
Hj. 2005	5.932.859
Hj. 2006	2.542.500

883 21 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil) 17.579.376 16.972.500 16.978.300

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 16.448.100

davon fällig:

2005 bis zu	4.328.400
2006 bis zu	6.059.800
2007 bis zu	3.462.800
2008 ff bis zu	2.597.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	11.848.200	4.365.900		16.214.100
2005	5.932.900	6.112.300	4.328.400	16.373.600
2006	2.542.500	6.112.300	6.059.800	14.714.600
2007			3.462.800	3.462.800
2008 ff.			2.597.100	2.597.100
Summen	20.323.600	16.590.500	16.448.100	53.362.200

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	EUR
Vorbehalten	36.528.331
Hiervon veranschlagt	16.112.612
Vorbehalten bleiben	20.415.719
davon für	
Hj. 2005	11.903.039
Hj. 2006	5.954.031
Hj. 2007	2.558.649
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	17.313.521
Hiervon veranschlagt	865.676
Vorbehalten bleiben	16.447.845
Veranschlagt zusammen	16.978.300
Vorbehalten bleiben	36.863.564

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 21

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	20.323.557
davon fällig	
Hj. 2004	11.848.198
Hj. 2005	5.932.859
Hj. 2006	2.542.500

883 25 440 Zuweisungen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil) 111.016 3.159.800 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 5 der Verwaltungsvereinbarung zur Förderung der Erschließung von Wohngebieten 1993 und 1994 können nach Abrechnung der Erschließungsmaßnahmen die in Darlehen umgewandelten Zuweisungen nach Rückzahlung an das Land einschließlich der Zinsen für neue Maßnahmen eingesetzt werden.

Weniger, da künftig auf eine erneute Ausreichung verzichtet wird.

883 26 440 Zuweisungen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil) 66.609 0 0

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 25.

883 27 440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil) 1.993.700 2.684.900 2.717.300

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 2.869.000

davon fällig:

2005 bis zu	755.000
2006 bis zu	1.057.000
2007 bis zu	604.000
2008 ff bis zu	453.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	1.847.300	765.400		2.612.700
2005	991.400	1.071.600	755.000	2.818.000
2006	399.000	1.071.600	1.057.000	2.527.600
2007			604.000	604.000
2008 ff.			453.000	453.000
Summen	3.237.700	2.908.600	2.869.000	9.015.300

Erläuterungen:

Der Bund stellt ab dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt - bereit. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 27

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	5.969.805
Hiervon veranschlagt	2.566.286
Vorbehalten bleiben	3.403.519
davon für	
Hj. 2005	1.997.919
Hj. 2006	974.200
Hj. 2007	431.400
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.019.800
Hiervon veranschlagt	150.990
Vorbehalten bleiben	2.868.810
Veranschlagt zusammen	2.717.300
Vorbehalten bleiben	6.272.329

	EUR
Nachrichtlich:	-
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	3.237.605
davon fällig	
Hj. 2004	1.847.286
Hj. 2005	991.319
Hj. 2006	399.000

883 28 440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil) 1.993.700 2.684.900 2.717.300

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	2.869.000
davon fällig:	
2005 bis zu	755.000
2006 bis zu	1.057.000
2007 bis zu	604.000
2008 ff bis zu	453.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	1.847.300	765.400		2.612.700
2005	991.400	1.071.600	755.000	2.818.000
2006	399.000	1.071.600	1.057.000	2.527.600
2007			604.000	604.000
2008 ff.			453.000	453.000
Summen	3.237.700	2.908.600	2.869.000	9.015.300

Erläuterungen:

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 28

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	5.969.805
Hiervon veranschlagt	2.566.286
Vorbehalten bleiben	3.403.519
davon für	
Hj. 2005	1.997.919
Hj. 2006	974.200
Hj. 2007	431.400
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.019.800
Hiervon veranschlagt	150.990
Vorbehalten bleiben	2.868.810
Veranschlagt zusammen	2.717.300
Vorbehalten bleiben	6.272.329

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	3.237.605
davon fällig	
Hj. 2004	1.847.286
Hj. 2005	991.319
Hj. 2006	399.000

883 30 440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil) 22.456.242 21.724.900 17.700.400

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 30 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel dieses Titels.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	18.094.000
davon fällig:	
2005 bis zu	4.762.000
2006 bis zu	6.666.000
2007 bis zu	3.809.000
2008 ff bis zu	2.857.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	12.995.400	5.588.400		18.583.800
2005	6.353.900	7.823.800	4.762.000	18.939.700
2006	2.324.300	7.823.800	6.666.000	16.814.100
2007			3.809.000	3.809.000
2008 ff.			2.857.000	2.857.000
Summen	21.673.600	21.236.000	18.094.000	61.003.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 30

Erläuterungen:

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der Städtebauförderungsrichtlinien bzw. der Förderrichtlinien zur Stadtentwicklung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Die Schwerpunkte der Förderung sind Bestandssicherungen und Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden sowie für die Innenentwicklung von bedeutsamen Stadtentwicklungsprojekten. Dazu kommen vorbereitende Untersuchungen und Planungen, Ordnungsmaßnahmen sowie Neugestaltung von Straßen, Plätzen, Spielplätzen, Grün- und Freizeitanlagen, künstlerische Gestaltungsmaßnahmen sowie Kosten von Sanierungs- und Entwicklungsträgern.

Der Ansatz ergibt sich aufgrund eingegangener Verpflichtungen und neuer Verwaltungsvereinbarungen im Jahr 2004.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	35.933.736
Hiervon veranschlagt	16.748.090
Vorbehalten bleiben	19.185.646
davon für	
Hj. 2005	11.607.628
Hj. 2006	5.326.403
Hj. 2007	2.251.615
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	19.044.908
Hiervon veranschlagt	952.245
Vorbehalten bleiben	18.092.663
Veranschlagt zusammen	17.700.400
Vorbehalten bleiben	37.278.309

	EUR
Nachrichtlich:	
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	21.673.509
davon fällig	
Hj. 2004	12.995.399
Hj. 2005	6.353.860
Hj. 2006	2.324.250

883 31	440	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	22.456.242	21.224.900	17.700.400
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 31

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **18.094.000**

davon fällig:

2005 bis zu 4.762.000
2006 bis zu 6.666.000
2007 bis zu 3.809.000
2008 ff bis zu 2.857.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	12.995.400	5.588.400		18.583.800
2005	6.353.900	7.823.800	4.762.000	18.939.700
2006	2.324.300	7.823.800	6.666.000	16.814.100
2007			3.809.000	3.809.000
2008 ff.			2.857.000	2.857.000
Summen	21.673.600	21.236.000	18.094.000	61.003.600

Erläuterungen:

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	35.933.736
Hiervon veranschlagt	16.748.090
Vorbehalten bleiben	19.185.646
davon für	
Hj. 2005	11.607.628
Hj. 2006	5.326.403
Hj. 2007	2.251.615
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	19.044.908
Hiervon veranschlagt	952.245
Vorbehalten bleiben	18.092.663
Veranschlagt zusammen	17.700.400
Vorbehalten bleiben	37.278.309

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	21.673.509
davon fällig	
Hj. 2004	12.995.399
Hj. 2005	6.353.860
Hj. 2006	2.324.250

883 33 440 Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung 19.498.653 16.098.500 17.500.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 33

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **8.000.000**

davon fällig:

2005 bis zu 4.000.000

2006 bis zu 4.000.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	8.428.900	11.366.000		19.794.900
2005		9.614.600	4.000.000	13.614.600
2006			4.000.000	4.000.000
2007				
2008 ff.				
Summen	8.428.900	20.980.600	8.000.000	37.409.500

Erläuterungen:

Die Mittel sollen als Projektförderung für Planungen, Gutachten und investive Durchführungsmaßnahmen eingesetzt werden, vorrangig in räumlichen Teilbereichen mit besonderer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

Wesentliche Ziele der Förderung sind:

- Unterstützung der Kommunen bei der gesamtgemeindlichen Planung und der Erarbeitung teilsräumlicher Entwicklungskonzepte einschl. der Schaffung von Planungsrecht,
- die städtebauliche Erneuerung auch außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete im Sinne einer „einfachen Stadterneuerung“,
- die Reaktivierung von für die innerstädtische Entwicklung bedeutsamen Brachflächen, die ehemals militärisch, industriell, landwirtschaftlich oder verkehrlich genutzt wurden,
- die Sicherung einer Anschubfinanzierung bei der Erschließung von Wohngebieten, die der bedarfsgerechten Wohnraumversorgung der Bevölkerung in kompakten Siedlungsstrukturen dienen und
- die weitere Realisierung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen gemäß §§ 165-171 BauGB, deren einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung sowohl im kommunalen als auch im Landesinteresse liegt.

Die Mittel werden sowohl als Zuschuss als auch zur Zwischenfinanzierung bei der Projektdurchführung (insb. bei der Erschließung von Wohngebieten) eingesetzt. Darin eingeschlossen sind Mittel zur Komplementärfinanzierung von Förderungen aus dem EU-Strukturfonds EFRE, die insbesondere der Reaktivierung städtebaulich relevanter Brachflächen und der Entwicklung städtischer Problemgebiete dienen. Grundlagen für die Förderung sind

- die Förderrichtlinie zu Stadtentwicklung vom 22.1.1999,
- die Förderrichtlinie zur Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen 2003 und
- die Förderrichtlinie zur Stadterneuerung 2003.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 33

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	EUR
Vorbehalten	8.428.900
Hiervon veranschlagt	8.428.900
Vorbehalten bleiben	
davon für	-
Hj. 2005	-
Hj. 2006	
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	16.698.500
Hiervon veranschlagt	-
Vorbehalten bleiben	16.698.500
Veranschlagt zusammen	8.428.900
Vorbehalten bleiben	16.698.500

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2002 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2002 zu Lasten von VE	8.428.900
davon fällig	
Hj. 2004	8.428.900

883 40 440 Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel) 2.542.600 0 17.892.900

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 40 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel dieses Titels.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

	2004
	EUR
Betrag:	23.373.700
davon fällig:	
2005 bis zu	6.492.700
2006 bis zu	9.089.700
2007 bis zu	4.544.900
2008 ff bis zu	3.246.400

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	8.899.100			8.899.100
2005	4.449.600		6.492.700	10.942.300
2006	3.178.300		9.089.700	12.268.000
2007			4.544.900	4.544.900
2008 ff.			3.246.400	3.246.400
Summen	16.527.000		23.373.700	39.900.700

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung ab dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtumbau zur Verfügung.
Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2002/2003 war der konkrete Programmumfang noch nicht bekannt, so dass sich die Vorbelastungen aus den im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2002 und 2003 über- und außerplanmäßig bereitgestellten Haushaltsmitteln (Kasse und VE) in den Titeln 883 40 und 883 41 ergeben.
Siehe auch Erläuterungen bei Titel 883 41.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 40

In 2003 war keine VE ausgebracht, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	39.554.887
Hiervon veranschlagt	15.295.763
Vorbehalten bleiben	24.259.124
davon für	
Hj. 2005	13.404.878
Hj. 2006	7.655.914
Hj. 2007	3.198.332
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuwendungen	25.970.452
Hiervon veranschlagt	2.597.045
Vorbehalten bleiben	23.373.407
Veranschlagt zusammen	17.892.900
Vorbehalten bleiben	47.632.531

883 41 440 Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel) 2.542.600 5.174.000 17.892.900

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 23.373.700

davon fällig:

2005 bis zu	6.492.700
2006 bis zu	9.089.700
2007 bis zu	4.544.900
2008 ff bis zu	3.246.400

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	8.899.100	4.365.000		13.264.100
2005	4.449.600	6.110.000	6.492.700	17.052.300
2006	3.178.300	6.110.000	9.089.700	18.378.000
2007			4.544.900	4.544.900
2008 ff.			3.246.400	3.246.400
Summen	16.527.000	16.585.000	23.373.700	56.485.700

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Stadtumbaukonzepten werden Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weitere investive Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtumbau stehen, gefördert. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtumbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachfallenden Flächen.

Die Bewilligung erfolgt auf der Grundlage der Förderrichtlinie 99 zur Stadterneuerung sowie der Richtlinie zur "Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen". Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Siehe auch Erläuterungen bei 883 40.

Die in 2003 ausgebrachte VE wird voraussichtlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Durch die Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ergibt sich für 2004 folgende Darstellung:

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 41

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre blieben

	EUR
Vorbehalten	39.554.887
Hiervon veranschlagt	15.295.763
Vorbehalten bleiben	24.259.124
davon für	
Hj. 2005	13.404.878
Hj. 2006	7.655.914
Hj. 2007	3.198.332
Hj. 2008	-
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	25.970.452
Hiervon veranschlagt	2.597.045
Vorbehalten bleiben	23.373.407
Veranschlagt zusammen	17.892.900
Vorbehalten bleiben	47.632.531

892 10 440 **Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaues** 519.317 409.100 260.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **1.040.000**

davon fällig:

2005 bis zu	260.000
2006 bis zu	260.000
2007 bis zu	260.000
2008 ff bis zu	260.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			260.000	260.000
2006			260.000	260.000
2007			260.000	260.000
2008 ff.			260.000	260.000
Summen			1.040.000	1.040.000

Erläuterungen:

Das MSWV lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Baufachlichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MSWV greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

Weniger, da künftig ausschließlich die Fortschreibung des Kostenkataloges durch die Beauftragte erfolgt.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 22)	440	Zuweisungen zur Stadterneuerung (Oderprogramm) Bundesanteil	5.112.900	0	0
----------	-----	--	-----------	---	---

(883 23)	440	Zuweisungen zur Stadterneuerung (Oderprogramm) Landesanteil	0	0	0
----------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 8:			117.935.800	136.193.800
---------------	--	--	-------------	-------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

972 20 neu	989	Globale Minderausgabe		-1.537.300
---------------	-----	-----------------------	--	------------

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

Summe HGr. 9:		0	-1.537.300
---------------	--	---	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Komplementierung von AfG-Mitteln

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

883 60	440	Zuweisungen zur Komplementierung von AfG-Mitteln an Kommunen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Das Arbeitsförderungsrahmengesetz des Bundes eröffnet neue strukturpolitische Möglichkeiten, durch intelligente Fördermixe mit anderen Ressorts Synergieeffekte zu erreichen. Gefördert werden soll aufgrund der gemeinsamen Richtlinie vom 01.12.1996 von MWMT, MUNR, MELF, MASGF und MSWV zum Einsatz von AfG-Mitteln.

893 60	440	Zuschüsse zur Komplementierung von AfG-Mitteln an Sonstige im Inland	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 60.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	0	0
-------------------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	0	0
---	---	---

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	6.289.300	800.000
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	46.796.800	59.216.900
Gesamteinnahme			53.086.100	60.016.900
Ausgaben				
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	148.300	143.200
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.200	7.500
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	117.935.800	136.193.800
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	-1.537.300
Gesamtausgabe			118.093.300	134.807.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-65.007.200	-74.790.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	419	Gebühren, sonstige Entgelte	15.436	1.000	1.000
--------	-----	-----------------------------	--------	-------	-------

Erläuterungen:

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

119 10	419	Sonstige Einnahmen	1.599	500	1.500
--------	-----	--------------------	-------	-----	-------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

119 15 neu	419	Rückflüsse aus Zuwendungen			0
---------------	-----	----------------------------	--	--	---

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermittel.

Summe HGr. 1:	1.500	2.500
---------------	-------	-------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	75.460.484	76.359.100	76.500.000
--------	-----	--	------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 681 00.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

Summe HGr. 2:	76.359.100	76.500.000
---------------	------------	------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 20	411	Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	40.764.281	33.989.000	28.604.000
--------	-----	--	------------	------------	------------

Mehreinnahmen erhöhen die Ausgaben bei Titel 893 11

Erläuterungen:

Gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG gewährt der Bund im Rahmen jährlich abzuschließender Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Diese Bundesmittel sind über einen Zeitraum zwischen 5 und 17 Jahren verteilt. Die zweckgebundenen Einnahmen aus den Verwaltungsvereinbarungen ab 1991 werden über den Titel 893 11 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

331 40 neu	440	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung von Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren			530.000
---------------	-----	--	--	--	---------

Mehreinnahmen erhöhen die Ausgaben bei Titel 893 20.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG gewährt der Bund im Rahmen jährlich abzuschließender Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen zur Förderung der Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren im Programm "Stadtumbau Ost". Diese Bundesmittel sind über einen Zeitraum von 8 Jahren verteilt. Die zweckgebundenen Einnahmen werden über den Titel 893 20 dem Wohnungsbauvermögen zugeführt.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(331 50)	411	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau	0	0	0
----------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 3:			33.989.000	29.134.000
---------------	--	--	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10 411 **Kosten für Gutachten** 120.918 255.700 255.700

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 127.900

davon fällig:

2005 bis zu 127.900

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		127.900		127.900
2005			127.900	127.900
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		127.900	127.900	255.800

Erläuterungen:

Es sind Gutachten zu folgenden Themenkomplexen vorgesehen:

für 2004

- Wohnungspolitische Strategien in schrumpfenden Wohnungsmärkten
- Wohnen im Land Brandenburg 2025
- Stadtumbau und Sozialplanung
- Stadtumbau und Konsolidierung des Wohnungsmarktes
- Umsetzung der Eigentumsstrategie in Innenstädten
- Kommunale Wohneigentumsstrategie

537 20 411 **Kosten für Baugutachten** 99.369 160.200 160.200

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
537 20

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **102.300**

davon fällig:

2005 bis zu 102.300

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		102.300		102.300
2005			102.300	102.300
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		102.300	102.300	204.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Baugutachten, die der Wohnungsbauforschung dienen und die die Grundlage bilden für die Förderpolitik des MSWV in den Bereichen Modernisierung und Instandsetzung im Wohnungsbestand, besonders in Gebieten des Stadumbaus und der Innenstädte. So sind u.a. vorgesehen

für 2004

- Die kleine Stadt als Lebensstützpunkt für Familien mit Kindern
- Eigentumsbildung im Genossenschaftsbestand
- Baukultur als Wirtschaftsfaktor zur Stabilisierung von lebenswerten Orten

541 10	411	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	86.706	122.700	137.700
--------	-----	---	---------------	----------------	----------------

11
11 060
Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
541 10

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **80.000**

davon fällig:

2005 bis zu 80.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		51.200		51.200
2005			80.000	80.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		51.200	80.000	131.200

Erläuterungen:

Mehr aufgrund zusätzlicher Maßnahmen durch Verlagerung der Zuständigkeit aus Kapitel 11 040.

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen wie "Werkstatt Wohnen - Haus3"; "Eigentumsorientierte Wohnungsgenossenschaften"; "Landesinitiative Baukultur"; "Brandenburgischer Architekturpreis" und "Landesbaupreis"; "Interregionales Projekt SINN 2002". Darüber hinaus sind Wettbewerbe, Workshops und Fachveranstaltungen zu Schwerpunktthemen wie Stadtumbau, Wohneigentumsstrategie und Wohnungsmarkt vorgesehen.

Die Ergebnisse der Umsetzung von Modellprojekten sowie Auswertungen von Tagungen sollen für Wohnungsunternehmen, Gemeinden und für die Fachöffentlichkeit ausgestellt und dokumentiert werden.

541 20	411 Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	23.260	25.600	25.600
---------------	---	---------------	---------------	---------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
541 20

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **12.000**

davon fällig:

2005 bis zu 12.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		12.800		12.800
2005			12.000	12.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		12.800	12.000	24.800

Erläuterungen:

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind u.a. Fortbildungsveranstaltungen zum neuen Wohnraumförderungsgesetz, Belegungsbindungsgesetz und Wohngeldgesetz.

546 10 411 Sonstiges 0 0 0

546 40 411 Überweisungsgebühren für Wohngeld 18.946 25.600 25.600

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(541 15) 411 Wettbewerb wohnungspolitische Kommunalstrategie 0 0 0

Summe HGr. 5: 589.800 604.800

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

661 10 411 Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes 0 0 0

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Entsprechend § 7 des Altschuldenhilfegesetzes übernehmen Bund und Land für die Wohnungsunternehmen oder privaten Vermieter für die auf Altverbindlichkeiten zu zahlenden Zinsen jeweils 50 v.H.. Berechnungsgrundlage sind die der Wohnfläche des Unternehmens oder des privaten Vermieters nach § 4 Abs. 1 des ASHG zuzuordnenden Altverbindlichkeiten. Die Abwicklung erfolgt auf der Grundlage des 2. Nachtrages zum Mandatarvertrag.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

663 11 411 Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke 172.239.928 165.016.400 158.965.500

Minderausgaben im Epl. 11 können zum jeweiligen Jahresabschluss mit Einwilligung des MdF zur Leistung von Mehrausgaben, soweit sie der Deckung von Altverpflichtungen dienen, herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

671 20 411 Entgelte an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für Abwicklung des Altschuldenhilfegesetzes 0 5.100 3.000

Erläuterungen:

Bearbeitungsgebühren für die Abwicklung der Gewährung der Zinszuschüsse nach dem Altschuldenhilfegesetz gemäß Punkt 4, Anlage 4 zum Mandatarvertrag. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch 2004 noch Zinshilfebescheide erteilt werden.

681 00 233 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz 150.920.968 152.718.200 153.000.000

1. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Das Wohngeld ist keine Leistung im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 34 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

Mehr aufgrund erhöhter und zunehmender Anzahl der Arbeitslosenzahl und erhöhter Zuschüsse. Weitere Erhöhung infolge Umsetzung der Hartz-Reform mit der Integration der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe möglich.

682 30 411 Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen 661.000 6.435.700 2.900.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	2.900.000			2.900.000
2005	2.900.000			2.900.000
2006	2.900.000			2.900.000
2007	2.900.000			2.900.000
2008 ff.	12.200.000			12.200.000
Summen	23.800.000			23.800.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung eingegangener Verpflichtungen. Programmlaufzeit endete am 31.12.2002

684 10 411 Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. für unabhängige Bauherrenberatung 125.267 127.900 0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		150.900		150.900
2005		153.400		153.400
2006		155.900		155.900
2007				
2008 ff.				
Summen		460.200		460.200

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Einstellung der Förderung.

686 10	422	Zuschuss an EUROPAN - Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V.	50.000	51.200	0
---------------	-----	---	---------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Weniger durch Einstellung der Förderung.

686 20	411	Erarbeitung von wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Konzepten	454.882	255.700	0
---------------	-----	---	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Programm ist ausfinanziert.

Summe HGr. 6:	324.610.200	314.868.500
---------------	--------------------	--------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

893 11	411	Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke	82.702.680	79.878.900	80.544.800
---------------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 331 20 und 331 40.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 331 20 und 331 40.

Erläuterungen zu den Titeln 663 11 und 893 11:

Mit dem Gesetz über das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17. Dezember 1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 1. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbstständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der Investitionsbank des Landes Brandenburg verwaltet.

Aus dem Sondervermögen werden die nach den Wohnungsbauförderprogrammen des Landes erforderlichen Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und -zuschüsse sowie sonstige Darlehen und Zuschüsse und weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewilligung, Refinanzierung und Verwaltung der Fördermittel finanziert. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden über die zweckgebundenen Zuweisungen des Landes und des Bundes, über Kredite, sowie über Rückflüsse aus Zins und Tilgung für ausgereichte Darlehen und über Zinserträge aufgebracht.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
893 11

Mit den für das Landeswohnungsbauvermögen veranschlagten Mitteln sollen

2004

- rd. 177 WE im Programm Eigentumsmaßnahmen
- rd. 916 WE im Programm Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen gemäß § 16 (1) und (3) WoFG
- rd. 20 WE im Rahmen der Wohnraumanpassung
- rd. 49 WE zum Erwerb von Geschäftsanteilen an neugegründeten Wohnungsgenossenschaften
- rd. 60 WE zusätzlicher Ersatzwohnungsbau für Räumungsbetroffene (Mietwohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen für Haidemühl)
- rd. 510 WE Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren (aus VV Städtebauförderung)

gefördert werden. Für diese Maßnahmen stehen 2004 44,6 Mio EUR an Bewilligungsvolumen zur Verfügung.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel		Ist 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR
Einnahmen				
111	Gebühren und sonstige Entgelte	43.566	20.500	35.000
112	Geldstrafen, Geldbußen	1.534	0	0
119	Sonstige Verwaltungeinnahmen	-461.559	256.100	250.000
162	Zinseinnahmen	1.528.808	0	0
182	Darlehensrückflüsse	175.638.646	94.000.000	95.000.000
185	Rückforderung von Fördermitteln ausgereichter Darlehen	11.152.056	0	0
222	Konsumtive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	172.239.928	189.216.400	158.965.500
	davon:			
	Schuldendiensthilfen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	172.239.928	189.216.400	158.965.500
251	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
325	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	180.000.000	259.000.000	263.000.000
332*	Investive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	82.702.680	79.878.900	80.812.800
	davon			
	1. Zuweisungen für die Wohnungsbauprogramme 1991-1996	55.962.299	52.558.700	57.420.600
	1a. davon Bundesfinanzhilfen nach Art. 104a GG (Wohnungsbauprogramme 1991-1996)	14.023.900	6.668.800	5.479.800
	2. Zuweisungen (Wohnungsbauprogramme 1997-2004)	0	0	0
	3. Bundesmittel nach Art. 104a GG (Wohnungsbauprogramme 1997-2004)	26.740.381	27.320.200	23.124.200
	4. Bundesfinanzhilfen nach Art. 104a GG (Städtebaul. Maßnahmen - innerstädt. Wohneigentumsbildung)	0	0	268.000
Zusammen		622.845.659	622.371.900	598.063.300
(darunter Bundesfinanzhilfen 2004 gesamt)		40.764.281	33.989.000	28.872.000

* Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 104 a GG (Wohnungsbauprogramme 1997-2004 und städtebauliche Maßnahmen - innerstädtisches Wohneigentum ab 2004) erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen. Die Komplementierung der Bundesmittel erfolgt ausschließlich aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
893 11

Titel	Ist 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR
Ausgaben			
546 Sonstige Verwaltungsausgaben	0	0	0
575 Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen	60.225.618	90.431.200	89.012.400
davon:			
1. Zinsausgaben für Kontokorrentkredite	12.914	52.000	52.000
2. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2002	60.212.704	85.979.200	66.003.400
3. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2003	0	4.400.000	18.289.000
4. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2004	0	0	4.668.000
595 Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen	105.642.534	53.657.500	51.155.500
davon:			
1. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2002	105.642.534	52.657.500	47.503.500
2. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2003	0	1.000.000	2.861.000
3. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2004	0	0	791.000
651 Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
663 Schuldendiensthilfen (Ausfinanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschl. 1996)	289.159.637	289.160.200	289.160.200
671 Erstattungen an Inland (Umsatzsteuer)	186.897	255.600	200.000
685 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
863 Darlehen	143.442.999	161.973.700	142.143.400
davon:			
1. Wohnungsbaudarlehen (Ausfinanzierung der Haushaltsdarlehen bis 1996)	24.804.974	23.673.900	20.309.000
2. Auszahlung aus Plafondsdarlehen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	3.239.671	7.311.000	14.190.300
3. Wohnungsbaudarlehen LWV 1997-2002	115.398.354	109.819.800	80.242.300
4. Wohnungsbaudarlehen LWV 2003	0	21.169.000	17.400.800
5. Wohnungsbaudarlehen LWV 2004	0	0	10.001.000
893 Investive Zuschüsse	29.101.690	26.893.700	26.391.800
davon:			
1. Wohnungsbauzuschüsse (Ausfinanzierung der Programme bis 1996)	26.269.412	23.519.500	24.160.100
2. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Ausfinanzierung der Programmjahre 1997-2002)	2.832.278	2.574.200	785.700
3. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Programmjahr 2003)	0	800.000	430.000
4. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Programmjahr 2004)	0	0	1.016.000
912 Zuführungen an Rücklagen	0	0	0
Zusammen	627.759.375	622.371.900	598.063.300

893 20 440 Zuweisung an das Landeswohnungsbaupermögen zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren 1.060.000
neu

Siehe Vermerk bei Titel 331 40.

11
11 060 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
893 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	13.600			13.600
2005	13.600			13.600
2006	13.600			13.600
2007	13.600			13.600
2008 ff.	40.600			40.600
Summen	95.000			95.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung eingegangener Verpflichtungen.

Ab 2004 erfolgt die Komplementierung der Bundesmittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Siehe Erläuterungen bei Titel 893 11.

In 2003 war keine VE ausgebracht, so dass der Haushaltsansatz 2004 von der Gesamtbelastung 2004 abweicht. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2003 erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 10)	411	Zuweisungen für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau	0	0	0
----------	-----	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 8:	79.878.900	81.604.800
---------------	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.500	2.500
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		76.359.100	76.500.000
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		33.989.000	29.134.000
Gesamteinnahme				110.349.600	105.636.500
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		589.800	604.800
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		324.610.200	314.868.500
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		79.878.900	81.604.800
Gesamtausgabe				405.078.900	397.078.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				-294.729.300	-291.441.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	176	Sonstige Einnahmen	143	1.500	500
--------	-----	--------------------	-----	-------	-----

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Ausführung von Kopierarbeiten für Dritte.

119 20	176	Einnahmen aus Veröffentlichungen	763	1.000	1.000
--------	-----	----------------------------------	-----	-------	-------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 10.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

119 40	176	Einnahmen aus der Beteiligung Dritter am Mobilitätskataster	15.703	30.600	0
--------	-----	---	--------	--------	---

Siehe Vermerk bei Titel 546 40.

Erläuterungen:

Wegfall des Projekts.

132 10	176	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	500	500
--------	-----	---	---	-----	-----

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500
Summe		500

Die Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

Summe HGr. 1:	33.600	2.000
---------------	--------	-------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für die Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	83.853	0	0
---------------	-----	----------------------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	176	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	148.353	120.000	150.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Dienstbezüge			138.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen			12.000
Summe				150.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	1	1
Regierungsdirektor	A15	hD	2	2
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	1	1
Regierungsamtsrat	A12	gD	1	1
Regierungsamtmann	A11	gD	1	1
Zusammen:			6	6

425 10	176	Vergütungen der Angestellten	1.654.577	2.098.700	1.700.000
--------	-----	------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Dienstvergütung			1.343.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen			357.000
Summe				1.700.000

Weniger auf Grund der Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	1	1
Ia	hD	1	1
Ib	hD	10	10
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IIa	hD	4	4
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
III	gD	4	4
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVa	gD	6	6
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	4	4
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Vb	gD	1	1
Vc	mD	6	6
gesperrt:	4 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIb	mD	3	3
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	2	2
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Zusammen:		42	42

426 10 176 Löhne der Arbeiter 28.607 50.000 30.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Gesamtlöhne	23.700
2. Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	6.300
Summe	30.000

Weniger auf Grund der Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	1	1
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004	
Zusammen:	1	1

427 20 176 Vergütungen und Löhne für Aushilfen 0 0 0

453 10 422 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 4.021 20.000 100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
453 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Trennungsentschädigung	0
2.	Umzugskostenvergütung	100
	Summe	100

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4: 2.288.700 1.880.100

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 176 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 10.805 31.900 11.000

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf und die Ist-Ausgaben der Vorjahre.

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.000
2.	Bücher, Zeitschriften	6.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000
4.	Sonstiges	0
	Summe	11.000

511 20 176 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** 6.650 15.400 9.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf und die Ist-Ausgaben der Vorjahre.

		2004 EUR
1.	Postgebühren	4.500
2.	Mobilfunkanschlüsse	500
3.	Fernmeldegebühren	3.500
4.	Sonstiges	500
	Summe	9.000

Das Institut für Stadtentwicklung und Wohnen verfügt über 1 Funktelefon.

514 10 176 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 4.272 6.700 4.000

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der ersatzlosen Aussonderung eines Dienst-Kfz.

	2004 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	4.000
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0
3. Verbrauchsmittel	0
4. Sonstiges	0
Summe	4.000

	Bestand 2003		Soll 2004	
Bedarf an Dienstfahrzeugen	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	1	0	1	0
Zusammen	1	0	1	0

518 20 176 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 5.270 15.900 5.300

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der ersatzlosen Aussonderung von 2 Kopierern.
Die Mittel sind vorgesehen für 1 angemieteten Kopierer.

518 30 176 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 0 1.600 0

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge		vorhanden	neu
PKW	0	0	
Zusammen	0	0	

525 10 176 Aus- (und Fort)bildung 13.582 6.600 20.000

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der Maßnahmen der Dienstvereinbarung - Fortbildungskonzept vom Mai 2002

Fortbildung von Beschäftigten zur Profilentwicklung insbesondere zu den Themen:

- Städtebau-, Bauordnungs- und Bodenrecht
 - Kommunalrecht, EU-, Haushalts- und Zuwendungsrecht
 - Wohnungsbau- und Mietrecht, Sozialplanung
 - Wirtschafts- und Strukturpolitik, Kommunalwirtschaft, Wohnungswirtschaft
 - Sozial- und Führungskompetenz, Projektmanagement
- Fortbildung im Rahmen der Verwaltungsoptimierung

526 10 176 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 500 500

Erläuterungen:

	2004 EUR
Kosten für Sachverständige	500
Gerichtskosten	0
Summe	500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

527 10 176 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 4.327 6.100 5.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf und die Ist-Ausgaben der Vorjahre.
Ausgaben für Fahrten, Übernachtungen und Nebenkosten.

531 10 176 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 40.069 13.800 40.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Aufgaben des Instituts erfordern professionelle Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Ministerien, Kommunen und andere Nachfrager. Erhöhter Aufwand durch Trend zur Professionalisierung von Veröffentlichungen. Durch Outputverbesserung der Institutsarbeit, insbesondere in den Bereichen deutsch-polnische Kooperation, Stadtumbau, NiPP erhöhter quantitativer Bedarf. Steigende Fachveröffentlichungen in der Schriftenreihe des Institutes "Fachbeiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg".

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

535 10 176 Ausgaben für Vermessungs- und Katasterwesen 330 7.700 7.700

Erläuterungen:

Ausgaben zur Ergänzung digitaler kartographischer Grundlagen durch topographische und thematische Karten für die raumbezogene Informationsaufbereitung in der Projekt- und Auftragsbearbeitung.

537 10 176 Gutachten 56.905 51.100 51.100

Erläuterungen:

Gutachterliche Leistungen und Expertisen

		2004 EUR
1.	Stadtumbau und wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel	10.220
2.	Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft	10.220
3.	Stadtteilentwicklung	10.220
4.	Innenstadtentwicklung	10.220
5.	EU-Erweiterung und interkommunale Kooperation	10.220
Summe		51.100

541 10 176 Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Studien 6.979 17.900 17.900

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Fachveranstaltungen mit Bezug zu Schwerpunkten der Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie des Wohnungsbaus und Wohnungswesens (einschl. Ausstellungsmaterialien)	10.200
2.	Workshops für Erfahrungstransfer aus der Projekt- und Auftragsbearbeitung einschl. Fachbeiträge, Präsentationen, Dokumentationen	7.700
Summe		17.900

546 10 176 Sonstiges 0 1.000 1.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

546 40 176 Ausgaben für die Beauftragung Dritter (Mobilitätskataster) 23.988 30.700 0

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 40 geleistet werden.

Erläuterungen:

Wegfall des Projektes.
Siehe Erläuterung bei Titel 119 40.

Aus Titelgruppen 145.700 84.000

Summe HGr. 5: 352.600 256.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 176 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 12.800 0

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Neubeschaffungen: 2004 2004
2004 EUR

0	PKW	0
Zusammen		0

812 10 176 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen 0 10.200 0

Erläuterungen:

2004
EUR

1	Ersatzbeschaffungen	0
Summe		0

Aus Titelgruppen 25.600 20.000

Summe HGr. 8: 48.600 20.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für die Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	176	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	78.861	84.400	27.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1.	Hardware	15.000
2.	Software	8.000
3.	Unterhaltung	2.000
4.	Kommunikation	2.000
5.	Sonstiges	0
Summe		27.000

525 99	176	Aus- (und Fort)bildung	2.667	10.200	12.000
---------------	------------	-------------------------------	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	12.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		12.000

538 99	176	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	47.827	51.100	45.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2004 EUR
1	Informationssystem Städtebau (ISS)	45.000
Summe		45.000

812 99	176	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	14.790	25.600	20.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

1. Erstbeschaffungen

		2004 EUR
1.1	Hardware	10.000
1.2	Software	10.000
1.3	Kommunikation	0
Summe		20.000

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	27.255	0	0
---------------	-------------------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	171.300	104.000
-------------------------------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	171.300	104.000
---	----------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	33.600	2.000
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme			33.600	2.000
Ausgaben				
		HGr. 4 Personalausgaben	2.288.700	1.880.100
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	352.600	256.500
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	48.600	20.000
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe			2.689.900	2.156.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.656.300	-2.154.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	1.199.303	1.227.100	1.200.000
--------	-----	-----------------------------	-----------	-----------	-----------

112 10	719	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	111.637	204.600	110.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- §§ 88 und 94 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafengesetz
- § 89 Landesschiffahrtsgesetz.

Weniger in Anpassung an Ist-Einnahmen der Vorjahre.

119 10	719	Sonstige Einnahmen	17.686	22.000	17.000
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Weniger aufgrund des zu erwartenden Einnahmenrückgangs aus öffentlichen Ausschreibungen.

124 10	719	Mieten und Pachten	0	500	0
--------	-----	--------------------	---	-----	---

Erläuterungen:

Durch die Auflösung der Wohnheimzimmer fallen keine Einnahmen an.

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		0

132 10	719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	13.935	500	1.000
--------	-----	---	--------	-----	-------

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.000
Summe		1.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 20)	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
----------	-----	----------------------------------	---	---	---

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 1:	1.454.700	1.328.000
---------------	-----------	-----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	719	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Bund	0	10.300	10.000
--------	-----	---	---	--------	--------

Erläuterungen:

Es handelt sich hierbei um die Kostenerstattung durch die Bundeswehr für zivile Infrastrukturmaßnahmen von militärischem Interesse. Grundlage ist die Rahmenvereinbarung von 1994 zwischen dem Land Brandenburg und der Wehrbereichsleitung, die sich an den Kostengrundsätzen für Infrastrukturmaßnahmen von militärischen Lastenklassen orientiert. Gemäß dieser Verordnung erstattet die Bundeswehr Kosten für die MLC Einstufung bestehender Brückenbauwerke sowie für die Beschilderung für den Militärverkehr.

Summe HGr. 2:	10.300	10.000
---------------	--------	--------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	56.388	0	0
---------------	-----	----------------------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10 711 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter 2.209.161 2.434.000 2.800.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Dienstbezüge	2.576.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	224.000
Summe		2.800.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Präsident des Landesamtes für Bauen, Verkehr und Straßenwesen	B3	hD	1	1
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4	4
Regierungsdirektor	A15	hD	9	8
Oberregierungsrat	A14	hD	13	11
Regierungsrat	A13	hD	4	4
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	13	13
Regierungsamtsrat	A12	gD	25	25
Regierungsamtmann	A11	gD	34	33
Regierungsoberinspektor	A10	gD	23	21
Zusammen:			126	120

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	A15 hD	Regierungsdirektor	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
2	A14 hD	Oberregierungsrat	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
1	A11 gD	Regierungsamtmann	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg
2	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Planfeststellungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg

6 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

6 Stellen Abgänge insgesamt

-6 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

425 10 711 Vergütungen der Angestellten 9.766.761 9.933.500 10.400.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Gesamtvergütung	8.216.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	2.184.000
Summe		10.400.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	1	1
Ia	hD	8	8
Ib	hD	12	12
Ila	hD	17	17
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
III	gD	11	11
IVa	gD	22	22
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	18	18
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Vb	gD	11	11
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Vc	mD	33	33
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIb	mD	22	22
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	33	30
gesperrt:	3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIII	eD	4	2
IXb	eD	3	2
Zusammen:		195	189

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

2	VII mD
2	VIII eD
1	IXb eD
5	Abgänge infolge PEK
5	Stellen Abgänge insgesamt

-5 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	VII mD
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen
1	Stellen Abgänge insgesamt

-1 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umsetzung nach 11 010 / 425 10

426 10 711 Löhne der Arbeiter 364.788 550.000 400.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Gesamtlöhne	316.000
2.	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	84.000
Summe		400.000

Weniger auf Grund der Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	6	6
MTL 8	2	2
MTL 7	2	2
MTL 6	1	1
MTL 4	3	3
Zusammen:	14	14

427 20	711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0	0	0
427 30	422 Vergütungen und Löhne für Aushilfen bis zu 3 Jahren	186.019	450.000	0

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von 6 Angestellten des gehobenen Dienstes (4x IVa und 2x IVb) und 4 Angestellten im Schreibdienst (4x VII-IXb) für die Bearbeitung von Anhörungsverfahren.

Weniger durch Beendigung des Anhörungsverfahrens.

427 31	711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen bis zu 2 Jahren	64.581	410.000	66.600
--------	---	--------	---------	--------

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von bis zu 10 Angestellten im gehobenen Dienst. (5 x IVa, 5x IVb) für die Bearbeitung von Verwendungsnachweisen.

Weniger durch Anpassung an den Bedarf.

453 10	711 Trennungsgeld, Umzugsvergütung	23.991	50.000	34.400
--------	------------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Trennungsentschädigung	26.400
2.	Umkzugskostenvergütung	8.000
Summe		34.400

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4:	13.827.500	13.701.000
---------------	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	141.669	184.100	150.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen einer geringeren Beschaffung von Ausstattungsgegenständen.

				2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf			62.400
2.	Bücher, Zeitschriften			50.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			37.600
4.	Sonstiges			0
Summe				150.000

511 20	719	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	83.897	159.000	92.600
--------	-----	---	---------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger durch Rückgang der Verbindungsentgelte.

				2004 EUR
1.	Postgebühren			42.000
2.	Mobilfunkanschlüsse			3.500
3.	Fernmeldegebühren			47.100
4.	Sonstiges			0
Summe				92.600

Im Landesamt sind 12 Mobiltelefone im Einsatz.

514 10	719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	75.088	94.600	86.800
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-KfZ fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			85.300
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			1.500
3.	Verbrauchsmittel			0
4.	Sonstiges			0
Summe				86.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	22	1	22	1
LKW	4	0	4	0
Anhänger	2	0	2	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0
Zusammen	29	1	29	1

517 10 719 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 319.244 413.100 322.900

Erläuterungen:

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 11.171 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerräume.

	2004 EUR
1. Heizung	61.500
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	56.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	86.200
4. Grundbesitzabgaben	2.500
5. Bewachungskosten	105.000
6. Sonstiges (Aufzugswartung)	11.700
Summe	322.900

Weniger, weil durch den Abschluss günstigerer Verträge und Wegfall der Betriebskostenumlage des Objektes Geltow eine Ausgabenreduzierung eintritt.

518 10 719 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** 0 0 15.600

Erläuterungen:

Mehr durch Verlagerung von Sachmitteln im Bereich der Sicherheitsüberprüfung an Flugplätzen.

518 20 719 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 7.332 21.800 17.700

Erläuterungen:

Miete von 4 Kopiergeräten.

	2004 EUR
1 Mieten für Maschinen und Geräte	17.700
2 Mieten für Software	0
3 Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	17.700

518 30 719 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 1.626 0 2.000

1. Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
2. Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus Titel 811 10 gedeckt werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 30

Erläuterungen:

		2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge			vorhanden	neu
PKW		1	1	1
Zusammen		1	1	1

519 10 719 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 6.989 13.300 7.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	7.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
Summe		7.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

525 10 719 Aus- (und Fort)bildung 66.886 77.200 70.300

526 10 719 Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten 114.986 51.100 99.400

Erläuterungen:

Die Gerichts- und Anwaltskosten nehmen stetig zu.

527 10 719 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 51.346 56.300 54.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

531 10 719 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 0 1.600 0

Erläuterungen:

Veröffentlichungen und Dokumentationen sind nicht geplant.

534 10 719 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten 0 2.100 500

Erläuterungen:

Diese Mittel werden für Treffen mit den Verwaltungsbezirken Stettin, Landsberg und Grünberg der Republik Polen benötigt. Bei den unmittelbaren Kontakten mit den polnischen Behörden sind Dolmetscher- und Übersetzerleistungen erforderlich.

535 10 719 Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens 32.694 76.700 25.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		12.800		12.800
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		12.800		12.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
535 10

Erläuterungen:

Durch geringeren Aufwand für die Straßenkartenherstellung tritt eine Ausgabenreduzierung ein.

537 10	719	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen	129.696	206.800	170.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Weniger, da die Weiterführung der Fachinformationsbanken für die Verkehrsbehörden auf ein Minimum beschränkt wird.

				2004 EUR
1.	Fachinformationsbanken für die Verkehrsbehörden			25.000
1.1	Weiterführung rechnergestütztes Fachsystem Zuwendungen			
1.2	Weiterführung Auswertungssysteme Fachdatenbanken			
2.	Fachinformationsbanken für die oberen Straßenbaubehörden			145.000
2.1	Aktualisierung Straßeninformationsbank			
2.2	Weiterführung Datenerstaufnahme			
2.3	Weiterführung Alleendatenbank			
Summe				170.000

541 10	719	Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	153	1.100	200
--------	-----	--	-----	-------	-----

Erläuterungen:

Ausstellungen fallen im Planungszeitraum nicht an, damit tritt eine Ausgabenreduzierung ein.

546 10	719	Sonstiges	1.525	4.600	3.000
--------	-----	-----------	-------	-------	-------

546 20	719	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	7.716	3.100	3.100
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

Aus Titelgruppen	295.000	265.800
-------------------------	----------------	----------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 30)	719	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0	0	0
----------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 5:	1.661.500	1.385.900
---------------	-----------	-----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	719	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	76.700	25.600
--------	-----	----------------------------------	---	--------	--------

1. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
2. Vgl. Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.
3. Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
811 10

Erläuterungen:

Neubeschaffungen: **2004**
EUR

0	PKW	0
	Zusammen	0

Ersatzbeschaffungen: **2004**
EUR

2	PKW	25.600
	Zusammen	25.600

Aussonderungen:

0	PKW
0	Zusammen

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

812 10	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	81.800	35.000
--------	-----	---	---	--------	--------

Erläuterungen:

Da keine Ersatzbeschaffung für ein Brückenfahrzeug vorgesehen ist, entfallen die Kosten für den dazugehörenden Aufbau.

Ersatzbeschaffungen

		2004 EUR
1.	Prüf- und Meßgeräte	10.000
2.	Telefonanlage	25.000
	Summe	35.000

Aus Titelgruppen	78.400	156.000
------------------	--------	---------

Summe HGr. 8:	236.900	216.600
---------------	---------	---------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	719	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	119.347	157.000	52.200
--------	-----	---	---------	---------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Hardware	7.000
2	Software	5.000
3	Unterhaltung	5.000
4	Kommunikation	10.200
5	Sonstiges	25.000
Summe		52.200

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

525 99	719	Aus- (und Fort)bildung	1.508	20.000	8.500
--------	-----	------------------------	-------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	7.500
2.	Lehr- und Lernmittel	1.000
Summe		8.500

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

538 99	719	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	142.505	118.000	205.100
--------	-----	--	---------	---------	---------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		15.400		15.400
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		15.400		15.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
538 99

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte von 40 DV - Verfahren, entsprechende Schwerpunkte sind angeführt:

			2004 EUR
1.	Abt.1 -u.a.	Intranet, Internet	13.800
2.	Abt.2 -u.a.	Verkehrsinformationssystem	16.300
3.	Abt.3 -u.a.	Straßeningenieurbauten	71.000
4.	Abt.4 -u.a.	Bauwerksverwaltung	31.000
5.	Abt.5- u.a.	Städtebauförderung	73.000
Summe			205.100

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

812 99	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	51.889	78.400	156.000
--------	-----	--	--------	--------	---------

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.	1	Hardware	0
	2	Software	22.000
	3	Kommunikation	0
	Summe zu 1.		22.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.	1	Hardware	35.000
	2	Software	99.000
	3	Kommunikation	0
	Summe zu 2.		134.000
3.	Sonstiges		
3.	1	Sonstiges	0
	Summe zu 3.		0
Zusammen			156.000

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	93.539	0	0
--------	-----	---------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			373.400	421.800
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			373.400	421.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			1.454.700	1.328.000
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			10.300	10.000
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0	0
Gesamteinnahme			1.465.000	1.338.000
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			13.827.500	13.701.000
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			1.661.500	1.385.900
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			236.900	216.600
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			15.725.900	15.303.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.260.900	-13.965.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	711	Gebühren, sonstige Entgelte	282.694	211.700	206.700
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen aus:

- Gebühren für die Sondernutzung der Straßen zu gewerblichen Zwecken nach § 8 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes sowie der Verordnung des Landes Brandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Straßenbaubehörden vom 24.02.1994.
- Gebühren für Anordnungen nach § 45 Abs. 6 der Straßenverkehrsordnung zur Arbeitsstellensicherung.
- Gebühren auf der Grundlage der Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (BauGebO) vom 24.06.1994.

Weniger wegen einer niedrigeren Anzahl von Sondernutzungen.

111 20	711	Einnahmen aus Vorschüssen in Rechtsangelegenheiten	8.188	10.200	5.500
--------	-----	--	-------	--------	-------

Siehe Vermerk bei Titel 526 10.

Erläuterungen:

Erwartet werden Rückzahlungen von Vorschüssen im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren (Gerichtsgebühren, Anwaltskosten u. ä.), die jedoch weniger werden.

112 10	711	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	38	500	500
--------	-----	--	----	-----	-----

119 10	711	Sonstige Einnahmen	556.199	357.000	245.000
--------	-----	--------------------	---------	---------	---------

Siehe Vermerk bei Titel 511 10

Erläuterungen:

In Ansatz sind die Entgelte aus Ausschreibungen gebracht, die sich im betreffenden Planungszeitraum verringern.

124 10	711	Mieten und Pachten	33.889	36.000	27.900
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Verwertung von Landes(eigenen)wohnungen	27.900
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		27.900

Weniger wegen der Abgabe von Flächen an das Allgemeine Grundvermögen u.a. :
- Liegenschaft Strausberg, Ernst-Thälmann Str.75

132 10	711	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4.040	6.300	1.000
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.000
Summe		1.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 1: 621.700 486.600

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10 711 Sonstige Erstattungen durch den Bund 9.719.917 8.692.000 8.198.200

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 10.

Erläuterungen:

Diese Erstattung basiert auf dem Runderlass des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.07.1993 zur Durchführung der gemeinsamen Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und zur Abrechnung des Direkt- und Gemeinschaftsaufwandes. Die Einnahmen entstehen durch die Erstattung von Personalausgaben bei Leistungen an Bundesstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Kostenerstattung des Gemeinschaftsaufwandes durch den Bund entsprechend einem Lohnstundenschlüssel).

Weniger aufgrund geringerer Leistungen auf Bundesstraßen.

231 20 711 Sonstige Erstattungen von Verwaltungsaufgaben durch den Bund für Auszubildende 196.522 193.300 128.500

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Personalausgaben bei TG 60.

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung Titelgruppe 60

Gemäß Ziff. 4.1. des Runderlasses des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.07.1993 zählen zum Gemeinschaftsaufwand Ausgaben der gemeinsamen Straßenunterhaltung, die nicht unmittelbar einem einzelnen Straßenbaulastträger zugeordnet werden können. Die Ausgaben werden zunächst im Landeshaushalt gebucht und nach dem jährlich festgelegten Lohnstundenschlüssel auf die Straßenbaulastträger umgelegt. Zum Gemeinschaftsaufwand zählen auch die Ausbildungsvergütungen der Auszubildenden, die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung und die Prüfung der Auszubildenden.

Weniger wegen eines geringeren Lohnstundenschlüssels.

Summe HGr. 2: 8.885.300 8.326.700

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	101.844	0	0
---------------	-----	----------------------------------	----------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10 711 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter 1.702.247 1.900.000 1.985.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Dienstbezüge	1.826.200
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	158.800
Summe		1.985.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen	¹⁾ B5	hD	0	1
Vizepräsident des Landesbetriebs Straßenwesen	¹⁾ B3	hD	0	1
Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen	¹⁾ B2	hD	0	2
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	6	6
Regierungsdirektor	A15	hD	12	12
Oberregierungsrat	A14	hD	18	18
davon kw: 1 im Jahr 2004 Wegfall zum 30.06.2004 (Ausgleich Stellenmehrbedarf Landesbetrieb Straßenwesen)				
Regierungsrat	A13	hD	6	6
Regierungsoberratsrat	A13	gD	27	27
Regierungsamtsrat	A12	gD	69	69
Regierungsamtmann	A11	gD	98	98
Regierungsobersinspektor	A10	gD	49	49
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	7	7
Regierungshauptsekretär	A8	mD	17	17
Zusammen:			309	313

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ besetzbar ab 01.07.2004

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Zugänge:

Sonstige Zugänge		
1	B5 hD	Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen
1	B3 hD	Vizepräsident des Landesbetriebs Straßenwesen
2	B2 hD	Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen
4	Sonstige Zugänge	
4	Stellen Zugänge insgesamt	
4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 10 711 Vergütungen der Angestellten 32.261.751 30.434.000 35.200.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Gesamtvergütung	27.808.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	7.392.000
Summe		35.200.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Ia	hD	4	7
davon kw:	1 im Jahr 2004 Wegfall zum 30.06.2004 (Ausgleich Stellenmehrbedarf Landesbetrieb Straßenwesen)		
	3 im Jahr 2006 Landesbetrieb Straßenwesen		
Ib	hD	1	4
davon kw:	1 im Jahr 2004 Wegfall zum 30.06.2004 (Ausgleich Stellenmehrbedarf Landesbetrieb Straßenwesen)		
	3 im Jahr 2006 Landesbetrieb Straßenwesen		
IIa	hD	30	30
davon kw:	1 im Jahr 2004 Wegfall zum 30.06.2004 (Ausgleich Stellenmehrbedarf Landesbetrieb Straßenwesen)		
III	gD	84	84
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
IVa	gD	99	99
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	41	41
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
Vb	gD	31	31
gesperrt:	5 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
Vc	mD	99	99
gesperrt:	4 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
VIb	mD	141	137
gesperrt:	9 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	47	39
gesperrt:	3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004		
VIII	eD	8	6
Zusammen:		585	577

11
11 410
Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Zugänge:

Sonstige Zugänge

3	la hD	3 Stellen Landesbetrieb Straßenwesen
3	lb hD	3 Stellen Landesbetrieb Straßenwesen
6	Sonstige Zugänge	
6	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

3	Vlb mD
8	Vll mD
2	VIII eD
13	Abgänge infolge PEK
13	Stellen Abgänge insgesamt

Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	Vlb mD	Umsetzung nach 03 120 / 425 10	gem. §50 LHO
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
1	Stellen Abgänge insgesamt		

Stellen Zugänge / Abgänge (-)

426 10 711 Löhne der Arbeiter 26.610.333 21.279.700 27.700.000

Siehe Vermerk bei Titel 231 10.

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Gesamtlöhne	21.883.000
2. Zulagen (Zuschläge) Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	5.817.000
Summe	27.700.000

Der Bund erstattet Personalkosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes; siehe Einnahmen bei Titel 231 10.

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	15	14
MTL 8	1	1
MTL 7	317	317
gesperrt: 5 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
MTL 6	101	101
MTL 5	266	266
MTL 4	152	152
gesperrt: 37 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
MTL 2	1	1
Zusammen:	853	852
Auszubildende:		
Auszubildende	47	47
Zusammen:	47	47

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	PT
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen
1	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umsetzung nach 11 420 / 426 10 zur Abdeckung tariflicher Ansprüche

426 11 neu 711 Löhne der Arbeiter im Rahmen der Betriebs- und Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen 0

Leistungen für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal (16 Arbeiter), die vom Landkreis in voller Höhe erstattet werden (siehe Zweckbindungsvermerk bei Kapitel 11 460 Titel 233 30).

427 20 711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen 0 0 0

453 10 711 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 92.302 60.000 87.500

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Trennungsentschädigung	27.500
2. Umzugskostenvergütung	60.000
Summe	87.500

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Aus Titelgruppen 580.000 431.000

Summe HGr. 4: 54.253.700 65.403.500

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 711 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 466.973 627.900 518.600

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 10 geleistet werden.

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

	2004 EUR
1. Geschäftsbedarf	269.526
2. Bücher, Zeitschriften	91.175
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	157.899
Summe	518.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

511 20 711 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 368.034 434.600 366.400

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1.	Postgebühren	112.490
2.	Mobilfunkanschlüsse	42.000
3.	Fernmeldegebühren	211.910
4.	Sonstiges	0
Summe		366.400

Die Brandenburgischen Straßenbauämter verfügen derzeit über 167 Funktelefone und 1 Autotelefon. Dienstliche Fernsprechanchlüsse in Wohnungen von Landesbediensteten aus Gründen des Bereitschaftsdienstes bestehen nicht mehr. Der Bereitschaftsdienst wird durch mobile Telefone abgedeckt.

514 10 711 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 359.360 395.800 400.900

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen höherer Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen.

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	390.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	9.800
3.	Verbrauchsmittel	300
4.	Sonstiges	0
Summe		400.900

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	145	2	145	2
Spezialfahrzeug	15	0	15	0
Zusammen	160	2	160	2

517 10 711 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 221.468 281.300 171.500

Erläuterungen:

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 3.614,66 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche,
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume mit insgesamt 2.785,26 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 10

		2004 EUR
1.	Heizung	20.100
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	27.500
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	109.000
4.	Grundbesitzabgaben	3.900
5.	Bewachungskosten	4.000
6.	Sonstiges	7.000
Summe		171.500

Weniger, weil die jährliche Bewirtschaftung von Liegenschaften
- Dienstgebäude SBA Strausberg, Außenstelle Templin, und SBA Cottbus entfällt.

518 10 711 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 286.012 230.100 262.700

Erläuterungen:

Objekt	Haupt- und Nebenfläche m²	Jahresmiete 2003 EUR	Jahresmiete 2004 EUR
.	0	0	0
1. BSBA Potsdam, Heinrich-Mann-Allee	2.226	226.510	259.600
2. Einzelobjekte unter 25.000 €	500	3.590	3.100
3	0	0	0
Zusammen	2.726	230.100	262.700

518 20 711 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 7.049 7.700 13.500

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	13.500
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	13.500

Veranschlagt sind die Mieten für 4 Kopierer.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

518 30 711 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 660 5.200 7.000

1. Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

2. Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus
Titel 811 10 gedeckt werden.

Erläuterungen:

	2003	2004
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	vorhanden	neu
PKW	2	2
Zusammen	2	2

519 10 711 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 23.242 64.000 44.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
519 10

Erläuterungen:

Durch die Umzüge der Straßenbauämter in die entsprechenden Behördenzentren fallen weniger Unterhaltungsausgaben an.

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	11.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	33.000
Summe		44.000

525 10 711 Aus- (und Fort)bildung 133.337 127.900 109.600

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1	Aus- und Fortbildung	102.400
2	Lehr- und Lernmittel	7.200
Summe		109.600

526 10 711 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 75.038 98.500 105.500

Einnahmen bei Titel 111 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Rechtsanwälte, Gerichtsgebühren und Gerichtsgutachten. Vordergründig handelt es sich um Entscheidungen im Rahmen der Schadensregulierung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Straßenunterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht haften muß. Zur Zeit sind über 126 Verfahren anhängig, die sich teilweise über mehrere Haushaltsjahre erstrecken.

527 10 711 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 84.734 87.000 88.100

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

531 10 711 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 1.500 1.600 1.000

Erläuterungen:

Das Ausgabenvolumen beschränkt sich nur auf die dringlichsten Veröffentlichungen der Straßenbauverwaltung.

534 10 711 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten 1.989 1.100 2.000

Erläuterungen:

Aufgrund der Bautätigkeit der Straßenbauämter Cottbus, Frankfurt (Oder) und Eberswalde ergeben sich Ausgaben durch Absprachen mit polnischen Amtskollegen, die je nach Bedarf stattfinden. Mehr aufgrund intensiverer Kontakte wegen des Beitritts Polens in die Europäische Union.

535 10 711 Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens 16.069 18.900 17.400

Erläuterungen:

In diesem Titel sind die Ausgaben für die Feststellung von Voreigentümern, Flurkarten, Integrationsregistrauszüge, Katasterauskünfte, Flurübersichtskarten, Auskünfte beim Gutachterausschuss sowie die Vermessung betrieblicher Liegenschaften veranschlagt. Diese Ausgaben stehen in Abhängigkeit zu den entsprechenden Baumaßnahmen.

541 10 711 Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe 297 600 1.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben hierfür sind auf den Mindestwert reduziert.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

546 10 711 Sonstiges 5.407 4.100 4.700

Erläuterungen:

Im Titel sind u.a. Ausgaben für Heiß- und Kaltgetränke für die Beschäftigten des Straßenunterhaltungsdienstes im Außeneinsatz im Rahmen der Fürsorgepflicht eingestellt, die in Abhängigkeit von der Außentemperatur zu leisten sind.

546 20 711 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 197.972 161.100 166.000

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Finanzbedarf aus Haftpflichtansprüchen Dritter gegen das Land, die aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht an Bundes- und Landesstraßen sowie aus Pflichtverletzungen und der Gefährdungshaftung der Bediensteten der Ämter entstehen. Die Forderungen von Dritten nehmen zu.

546 30 711 Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen 28.189 0 0

Erläuterungen:

Es sind keine Umzüge geplant.

Aus Titelgruppen 836.400 727.500

Summe HGr. 5: 3.383.800 3.007.400

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 711 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 232.283 230.100 217.300

1. Vgl. Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.
2. Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasing beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 13.000

davon fällig:

2005 bis zu 13.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			13.000	13.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			13.000	13.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
811 10

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:		2004	2004 EUR
17	PKW		217.300
Zusammen			217.300

812 10	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	393.703	69.100	78.000
--------	-----	---	---------	--------	--------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1. Ersatzbeschaffungen				
1.	1	Farbkopierer		7.500
2.		Digitalkopierer		20.000
3.	2	Großformatkopierer		20.500
Summe zu 1.				48.000
2. Neubeschaffung				
1.	1	Lasergerät für Vermessung		30.000
Summe zu 2.				30.000
Zusammen				78.000

Aus Titelgruppen	127.900	254.500
Summe HGr. 8:	427.100	549.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Straßenwärterausbildung

Erläuterungen:

Da der Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes auch Ausbildungsvergütungen und Kosten für die überbetriebliche Ausbildung erstattet, ist ein getrennter Nachweis erforderlich.

426 60	153 Ausbildungsvergütung	416.145	580.000	431.000
---------------	---------------------------------	----------------	----------------	----------------

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Hieraus werden die Ausbildungsvergütungen und tariflichen Ansprüche (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) für 47 Auszubildende finanziert gemäß Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 05. März 1992 und Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 für Auszubildende bei Bund und Länder (Ost) vom 24. April 1994. Der Eigenanteil für die überbetriebliche Ausbildung in Höhe von 95,82 Euro/ Monat wurde bei der Ausbildungsvergütung berücksichtigt. Der Bund erstattet Ausbildungskosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes; siehe Erläuterung bei Titel 231 20.

Weniger auf Grund der Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

429 60	153 Ausgabe für das überbetriebliche Ausbildungszentrum der Bauwirtschaft in Friesack	0	0	0
---------------	--	----------	----------	----------

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung zum Titel 525 60.

514 60	153 Ausgaben für Schutzkleidung	7.477	10.000	8.500
---------------	--	--------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Schutzkleidung (Westen, Stiefel, Helme) und Werkzeug, die im 1. Lehrjahr für 13 Auszubildende bereitgestellt werden .

525 60	153 Ausbildungsausgaben einschließlich Reise-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten	283.638	286.400	380.000
---------------	---	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2004
	EUR
Betrag:	50.000
davon fällig:	
2005 bis zu	50.000
2006 bis zu	
2007 bis zu	
2008 ff bis zu	

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
525 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			50.000	50.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			50.000	50.000

Erläuterungen:

Gemäß § 6 Bundesbildungsgesetz (BBG) und Manteltarifvertrag für Auszubildende werden die Reisekosten, Unterkunfts - und Verpflegungskosten und das Tagesgeld erstattet. Der Eigenanteil (6 v. H .) der Auszubildenden ist berücksichtigt. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fachbücher von 60,90 € / Auszubildenden, die Unterkunfts- und Verpflegungskosten betragen 29,40 € / Monat/ Auszubildenden. Für die Anreise am Sonntag sind 20,58 € veranschlagt. Darüber hinaus fallen die Ausbildungskosten in Höhe von 36 € / Auszubildenden sowie die Ausgaben für den Erwerb des LKW-Führerschein an.

Mehr aufgrund gestiegener Kosten für den LKW-Führerschein. Außerdem ist durch Umstellung der Ausbildung in 2004 einmalig die Führerscheinausbildung für 2 Lehrgänge zu finanzieren.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **876.400** **819.500**

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99 711 **Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation** **399.279** **480.700** **279.000**

Erläuterungen:

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1	Hardware	60.000
2	Software	66.400
3	Unterhaltung	76.500
4	Kommunikation	63.100
5	Sonstiges	13.000
Summe		279.000

525 99 711 **Aus- (und Fort)bildung** **10.522** **34.800** **40.000**

Erläuterungen:

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
525 99

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	38.000
2.	Lehr- und Lernmittel	2.000
Summe		40.000

538 99 711 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 20.914 24.500 20.000

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen				

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	ALB-Nutzung SPN, EE, OSL	1.600
2.	Sonstiges	18.400
Summe		20.000

812 99 711 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 165.130 127.900 254.500

Erläuterungen:

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.	1	Hardware		45.000
	2	Software		20.000
	3	Kommunikation		5.000
		<i>Summe zu 1.</i>		<i>70.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.	1	Hardware		144.500
	2	Software		35.000
	3	Kommunikation		5.000
		<i>Summe zu 2.</i>		<i>184.500</i>
3.	Sonstiges			
3.	1	Sonstiges		0
		<i>Summe zu 3.</i>		<i>0</i>
Zusammen				254.500

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	95.864	0	0
--------	-------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	667.900	593.500
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.544.300	1.413.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003		Ansatz 2004	
			Angaben in EUR			
Abschluss						
Einnahmen						
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			621.700		486.600	
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			8.885.300		8.326.700	
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0		0	
Gesamteinnahme			9.507.000		8.813.300	
Ausgaben						
HGr. 4 Personalausgaben			54.253.700		65.403.500	
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			3.383.800		3.007.400	
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			427.100		549.800	
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0		0	
Gesamtausgabe			58.064.600		68.960.700	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48.557.600		-60.147.400	

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	711	Gebühren, sonstige Entgelte	111.567	155.000	127.800
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus:

- Gebühren für die Sondernutzung zu gewerblichen Zwecken nach § 8 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes sowie der Verordnung des Landes Brandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Straßenbaubehörden vom 24.02.1994.
- Gebühren für Anordnungen nach § 45 Abs. 6 der Straßenverkehrsordnung zur Arbeitsstellensicherung.
- Gebühren auf der Grundlage der Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (Bau GebO) vom 24.06.1994.

Weniger aufgrund einer geringeren Anzahl von Anträgen auf Sondernutzungen zu gewerblichen Zwecken.

112 10	711	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	13.145	1.500	3.000
--------	-----	--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

Ahnung von Ordnungswidrigkeiten nach § 23 Bundesfernstraßengesetz, die im Planungszeitraum zunehmen werden.

119 10	711	Sonstige Einnahmen	396.967	500.000	362.000
--------	-----	--------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Ausschreibungen sowie aus Verwaltungskosten gemäß §§ 18,19 der 2. AVV für die Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen, die aus Kreuzungsvereinbarungen mit anderen Vertragspartnern resultieren.

Weniger durch eine geringere Anzahl von Ausschreibungen.

124 10	711	Mieten und Pachten	7.917	9.200	9.300
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	7.400
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	1.900
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		9.300

132 10	711	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	1.000	1.000
--------	-----	---	---	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.000
Summe		1.000

Summe HGr. 1:	666.700	503.100
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	711	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

231 20 711 Sonstige Erstattungen durch den Bund für die Auszubildenden 160.548 163.600 209.900

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 20.

Erläuterungen:

Gemäß 2. AVVFstr- Anlage 9 i.V.m. den Anweisungen des Bundesministeriums für Verkehr über die Buchung der Ausgaben für die Bundesfernstraßen vom 01.01.1976 sind Personalausgaben, d.h. Leistungen zur Abgeltung von Personalkosten (Löhne und personalbezogene Sachkosten), für das im Unterhaltungsdienst beschäftigte Personal der Auftragsverwaltung im Direktaufwand abzurechnen.

Mehr durch Erhöhung der Ausgaben für die Auszubildenden.

231 40 711 Sonstige Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund 13.360.993 13.641.300 14.428.200

1. (§ 17 Abs. 3 LHO).
2. Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 11.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Leistungen für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal der Auftragsverwaltung.

Mehr durch die Erhöhung der Ausgaben für die Auszubildenden.

232 10 711 Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin 200.992 207.100 230.000

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 425 10.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Leistungen für die in der Verkehrsrechnerzentrale eingestellten Dienstkräfte, die durch das Land Berlin gemäß der Verwaltungsvereinbarung anteilmäßig finanziert werden. Die Personalausgaben werden zu gleichen Teilen von den Ländern Berlin und Brandenburg getragen.

Mehr durch die Erhöhung der Ausgaben für die Auszubildenden.

Summe HGr. 2: 14.012.000 14.868.100

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
---------------	-----	----------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10 711 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter** **409.808** **600.000** **680.000**

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Dienstbezüge	625.600
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	54.400
Summe	680.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Leitender Regierungsdirektor	¹⁾ A16	hD	1	1
Regierungsdirektor	A15	hD	4	4
Oberregierungsrat	A14	hD	4	4
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	14	14
Regierungsamtsrat	A12	gD	31	31
Regierungsamtmann	A11	gD	49	49
Regierungsoberinspektor	A10	gD	27	27
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	9	9
Regierungshauptsekretär	A8	mD	24	24
Zusammen:			163	163

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ 1 Stelle mit Zulage gem. Ziffer 21 der Vorbemerkung zur BBesO A und B

425 10 711 **Vergütungen der Angestellten** **12.751.113** **12.650.000** **14.245.000**

Siehe Vermerk bei Titel 232 10.

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Gesamtvergütung	11.253.550
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	2.991.450
Summe	14.245.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Nachrichtlich: Für den Betrieb der Verkehrsleitzentrale werden 5 weitere Angestellte beschäftigt, deren Finanzierung das Land Berlin entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 beschäftigten Angestellten zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden, siehe Einnahmen bei Titel 232 10.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	1	1
Ia	hD	8	8
Ib	hD	4	4
Ila	hD	14	14
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
III	gD	20	20
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVa	gD	27	27
gesperrt:	3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	12	12
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Vb	gD	8	8
Vc	mD	18	18
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIb	mD	25	25
gesperrt:	3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	17	17
gesperrt:	4 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Zusammen:		154	154

426 10 711 Löhne der Arbeiter 1.179.751 914.000 1.400.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Gesamtlöhne	1.106.000
2. Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	294.000
Summe	1.400.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	3	4
MTL 8	14	14
MTL 7	16	16
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004	
MTL 6	1	1
Zusammen:	34	35
Auszubildende:		
Auszubildende	20	20
Zusammen:	20	20

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	PT
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen
1	Stellen Zugänge insgesamt
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umsetzung von 11 410 / 426 10 zur Abdeckung tariflicher Ansprüche

426 11 721 **Löhne der Arbeiter und -arbeiterinnen im Rahmen der Auftragsverwaltung** 13.227.589 12.800.000 14.365.000

Siehe Vermerk bei Titel 231 40.

Erläuterungen:

Leistungen für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal (445 Arbeiter), die der Bund in voller Höhe erstattet (siehe Titel 231 40).

		2004 EUR
1	Gesamtlöhne	11.376.000
2	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	3.024.000
	Summe	14.400.000

Mehr auf Grund der Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

426 20 711 **Ausbildungsvergütung** 163.322 250.000 220.000

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Hieraus werden die Ausbildungsvergütungen und tariflichen Ansprüche (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) für 20 Auszubildende finanziert gemäß Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 05. März 1992 und Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 für Auszubildende bei Bund und Ländern (Ost) vom 24. April 1994. Mehr durch Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Der Bund erstattet Personalkosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes, siehe Einnahme bei Titel 231 20

Weniger auf Grund der Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

453 10 711 **Trennungsgeld, Umzugsvergütung** 0 10.000 6.500

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Trennungsentschädigung	1.500
2.	Umkzugskostenvergütung	5.000
	Summe	6.500

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4: 27.224.000 30.916.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 711 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 156.027 184.100 157.000

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen einer geringeren Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und Geschäftsbedarf.

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	56.500
2.	Bücher, Zeitschriften	45.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	54.000
4.	Sonstiges	1.500
Summe		157.000

511 20 711 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** 151.555 161.300 150.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1.	Postgebühren	34.300
2.	Mobilfunkanschlüsse	29.100
3.	Fernmeldegebühren	83.500
4.	Sonstiges	3.100
Summe		150.000

Das Brandenburgische Autobahnamt verfügt über 70 Mobiltelefone, deren Nutzung sich auf die Aufgabenbereiche während des operativen und Bereitschaftsdienstes erstreckt:
Brückenprüfung, Bauvorbereitung, Bauüberwachung und Vermessung .

514 10 711 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 208.995 292.500 225.300

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-KfZ fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben verringern sich aufgrund niedrigerer Reparatur- und Wartungskosten des Fahrzeugbestandes.

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	217.900
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	7.100
3.	Verbrauchsmittel	300
4.	Sonstiges	0
Summe		225.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	21	0	21	0
PKW-Kombi	46	0	46	0
Spezialfahrzeug	13	0	13	0
Zusammen	80	0	80	0

517 10 711 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 367.243 409.100 409.100

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Heizung	43.500
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	61.400
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	103.300
4. Grundbesitzabgaben	5.600
5. Bewachungskosten	131.900
6. Sonstiges	63.400
Summe	409.100

Bewirtschaftungskosten für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 7.793 qm Netto Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 10 711 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 55.224 61.400 61.400

Erläuterungen:

Für die Nutzung der Bundesliegenschaften muss das Land im Rahmen der Auftragsverwaltung eine anteilige Miete an den Bund zahlen. Unter Beachtung der Mietpreise in den alten Bundesländern wurden 2,85 EUR zugrunde gelegt.

Nutzung	Dienststelle	Nutz- und Nebenraumfläche
1 Verkehrsrechnerzentrale	16540 Hohen Neuendorf	139 qm
2 Autobahnmeisterei	16321 Bernau	69 qm
3 Autobahnmeisterei	14823 Niemege	56 qm
4 Autobahnmeisterei	16547 Birkenwerder	84 qm
5 Autobahnmeisterei	15537 Erkner	79 qm
6 Autobahnmeisterei	15834 Rangsdorf	68 qm
7 Autobahnmeisterei Freienhufen	01994 Drochow	52 qm
8 Autobahnmeisterei Werder	14542 Plötzin	86 qm
9 Autobahnmeisterei	15910 Freienwalde	81 qm
10 BABA Brückeninspektion	16244 Finowfurt	902 qm
11 Autobahnmeisterei	15517 Fürstenwalde	65 qm
12 BABA Fernmeldemeisterei	15834 Rangsdorf	45 qm
13 Autobahnmeisterei	03058 Gallinchen	67 qm
14 BABA Gerätehof	15834 Rangsdorf	368 qm
15 Autobahnmeisterei Gramzow	17291 Hohengüstrow	67 qm
16 BABA Dienststätte (D6)	15834 Rangsdorf	347 qm
17 Autobahnmeisterei	16909 Wittstock	84 qm
		2.659 qm

Die jährlichen Mietkosten betragen für die HNF 57.600 EUR. Die Differenz der Jahresmiete zum Haushaltsansatz resultiert aus der Anpassung der Quadratmeterpreise -und flächen jeweils nach Abschluss von Um- und Neubaumaßnahmen der Autobahnmeistereien.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

518 20 711 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 0 0 0

518 30 711 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 0 5.200 0

1. Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
2. Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus Titel 811 10 gedeckt werden.

Erläuterungen:

Es sind keine Leasingraten in Ansatz gebracht.

519 10 711 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 49.995 40.900 40.900

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	40.900
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
	Summe	40.900

525 10 711 Aus- (und Fort)bildung 37.366 40.700 40.900

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erstattung der Reisekosten zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten	10.100
2.	Ausgaben im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen, Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen für Bedienstete, wie z.B. Lehrgangsgebühren	30.800
	Summe	40.900

526 10 711 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 51.104 23.000 23.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Gerichtsverfahren, sowie Auslagen in Rechtssachen.

527 10 711 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 87.493 102.300 90.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an das IST 2002.

		2004 EUR
	Reisekostenvergütungen	17.000
	Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigungen für privateigene und privateigene anerkannte PKW	73.000
	Summe	90.000

531 20 711 Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen 4.002 10.300 5.000

Erläuterungen:

In Ansatz gebracht sind nur die unbedingt notwendigen Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen speziell für den Bundesautobahnbereich. Weniger in Anpassung an das Ist 2002.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

534 10 711 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten 997 3.600 1.800

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt für die Pflege von Beziehungen zum Ausland, insbesondere zu polnischen Behörden und zur Betreuung ausländischer Delegationen.
Weniger aufgrund des geringeren Betreuungsaufwandes.

546 10 711 Sonstiges 5.031 5.100 5.100

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Heiß- und Kaltgetränke für die Beschäftigten im Außendienst im Rahmen der Fürsorgepflicht.

546 20 711 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 58.763 31.000 40.900

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungsleistungen aus Haftpflichtansprüchen Dritter gegen das Land, die aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht sowie Pflichtverletzung und Gefährdungshaftung der Bediensteten entstehen.

Mehr aufgrund verstärkter Haftungsanzeigen.

Aus Titelgruppen 368.300 286.200

Summe HGr. 5: 1.738.800 1.536.600

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 711 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 235.804 186.700 147.400

1. Vgl. Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.
2. Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasing beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Ersatzbeschaffungen:		2004 EUR
9	PKW-Kombi	117.400
1	Spezialfahrzeug	30.000
Zusammen		147.400

812 10 711 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 15.480 20.500 20.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Erstbeschaffungen	
1.1	1 LCD Data Projektor	20.000
Summe zu 1		20.000
Zusammen		20.000

Aus Titelgruppen 266.800 287.000

Summe HGr. 8: 474.000 454.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	711	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	221.316	348.700	171.400
--------	-----	---	---------	---------	---------

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen				

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Hardware	40.000
2	Software	25.000
3	Unterhaltung	25.000
4	Kommunikation	60.000
5	Sonstiges	21.400
Summe		171.400

Weniger durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

525 99	711	Aus- (und Fort)bildung	14.798	19.600	14.800
--------	-----	------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	14.800
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		14.800

538 99 neu	711	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen			100.000
---------------	-----	--	--	--	---------

Erläuterungen:

Erstmalige Veranschlagung des Ansatzes an dieser Stelle durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
538 99

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

				2004 EUR
1		RbHV		100.000
Summe				100.000

812 99 711 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 211.921 266.800 287.000

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.	1	Hardware	127.000
	2	Software	0
	3	Kommunikation	0
	Summe zu 1.		127.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.	1	Hardware	100.000
	2	Software	60.000
	3	Kommunikation	0
	Summe zu 2.		160.000
3.	Sonstiges		
3.	1	Sonstiges	0
	Summe zu 3.		0
Zusammen			287.000

Mehr durch Verschiebung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe wegen Anpassung an den Bedarf.

919 99 950 Zuführung zu der Rücklage 234.866 0 0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			635.100	573.200
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			635.100	573.200

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	666.700	503.100
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	14.012.000	14.868.100
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme			14.678.700	15.371.200
Ausgaben				
		HGr. 4 Personalausgaben	27.224.000	30.916.500
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.738.800	1.536.600
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	474.000	454.400
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe			29.436.800	32.907.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.758.100	-17.536.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	729	Sonstige Einnahmen	289.380	1.278.300	250.000
--------	-----	--------------------	---------	-----------	---------

Erläuterungen:

Weniger, weil die Einnahmen nach Ziff. 3.3.2 VV zu § 35 LHO zurückgehen.

119 21	725	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 20 verwendet werden.

124 10	723	Mieten und Pachten	26.755	20.500	38.000
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Einnahmen aus Dienstwohnungen			0
2.		Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen			38.000
3.		Sonstige Einnahmen			0
Summe					38.000

Mehr aus der Sondernutzung an Straßen- und Straßenneben-Anlagen im Sinne von Grundstücksflächen.

132 10	729	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	14.407	31.500	9.000
--------	-----	---	--------	--------	-------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen			
2.		Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen			9.000
Summe					9.000

Weniger wegen der geringeren Anzahl von Veräußerungen

162 10	723	Rückflüsse und Zinsen aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus den bei Titel 716 60 veranschlagten Vorfinanzierungsbeträgen. Siehe Erläuterung bei Titel 716 60.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 40)	723	Sonstige Einnahmen	0	0	0
----------	-----	--------------------	---	---	---

Summe HGr. 1:	1.330.300	297.000
---------------	-----------	---------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	722	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund für Bundesstraßen	5.904.070	4.090.400	5.513.000
--------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Siehe Vermerk bei Titel 713 70

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BstrVermG) i.d.F. des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1246) trägt der Bund Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens.

Dagegen haben die Länder nach Artikel 104 a Abs. 5 GG die bei den Behörden mit den Bauleistungen in Zusammenhang stehenden Verwaltungs- und Planungsausgaben durch Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen zu übernehmen, die vom Bund durch die Zahlung einer Pauschale von 2 v.H. der Baukosten für die Kosten der Entwurfsbearbeitung und 1 v.H. der Baukosten für die Kosten der Bauaufsicht abgegolten werden.

Die Einnahmen vom Bund sind hierfür veranschlagt, die aufgrund eines höheren Bauvolumens steigen.

231 11	721	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund für Bundesautobahnen	5.825.196	6.647.000	4.720.000
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 70

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 231 10

Die Einnahmen vom Bund reduzieren sich aufgrund geringerer Baumittel für den Autobahnbereich.

231 30	722	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	6.003.546	3.655.800	3.420.000
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 10.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die durch den Bund zu erstattenden Aufwendungen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes. Dies betrifft bei Kapitel 11 460 die Titel der Hauptgruppe 5 sowie 811 10 und 812 10. Der Bundesanteil wird nach dem jährlich neu festzusetzenden Lohnstundenschlüssel zwischen Bund und Land berechnet und erst danach erstattet. Die Höhe des Lohnstundenschlüssel ist niedriger als im Vorjahr.

233 10	724	Erstattungen von Kommunen für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	539.735	1.687.300	30.000
--------	-----	---	----------------	------------------	---------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titelgruppe 60

Erläuterungen:

Die Kommunen erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.

Weniger aufgrund der geänderten Abrechnung von Leistungen.

233 20	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen	562.146	409.100	400.000
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 16.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Vereinbarungen werden durch die Straßenbauverwaltung Winterdienstleistungen an Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes- und Landesstraßen erbracht. Die Kostenerstattung durch die Kommunen erfolgt in der Regel nach der Winterdienstperiode, daher nach Abschluss der Bücher des Haushaltsjahres, in dem die Ausgaben geleistet wurden. Weniger aufgrund der zu erwartenden geringeren Anzahl von Vereinbarungen für Winterdienstleistungen.

233 30	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen	0	3.100	0
--------	-----	--	----------	--------------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 11 410 Titel 426 11 und Kapitel 11 460 Titel 521 30 verwendet werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
233 30

Erläuterungen:

Erwartet werden Kostenerstattungen für die vom Land geleisteten Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, die derzeit mit den Landkreisen verhandelt werden.

281 10	723	Erstattungen von Dritten für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	290.770	600	10.000
--------	-----	--	----------------	------------	---------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TGr. 60.

Erläuterungen:

Medienträger, Abwasserverbände erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.
Es liegt eine höhere Anzahl von abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarungen vor als im Vorjahr.

281 30	729	Erstattungen von Dritten für Unterhaltungsarbeiten	9.949	500	2.000
--------	-----	---	--------------	------------	--------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 10

Erläuterungen:

Erwartet werden höhere Erstattungen von Dritten für durch das Land erbrachte Unterhaltungsleistungen an Straßen, Brücken, Wegen und anderen Ingenieurbauwerken sowie Ablösebeträge.

Summe HGr. 2:			16.493.800	14.095.000	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	729	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	35.219.470	32.959.900	32.422.200
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 10

Erläuterungen:

Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, Städten und Kreisen gemäß § 1 des GVFG in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.01.1988 (BGBl. I Seite 100), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.09.1998 (BGBl. I, Seite 2858). Diese Fördermittel nach dem GVFG werden zur Förderung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV umgesetzt.
Die Zuweisungen des Bundes reduzieren sich.

331 20	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	7.406.652	3.819.400	0
--------	-----	--	------------------	------------------	----------

Siehe Vermerk bei Titel 883 20

Erläuterungen:

Neben Zuweisungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährte der Bund nur bis zum Jahre 2003 Finanzierungshilfen für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn.

333 10 neu	711	Zuweisungen für Investitionen von Kommunen			6.100.000
---------------	-----	---	--	--	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 881 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Im Jahr 2002 wurde zwischen dem Bund, dem Land und dem Landkreis Teltow- Fläming eine Vereinbarung zum zweibahnigen Ausbau der B101 im Abschnitt Kerzendorf Süd bis Luckenwalde Nord geschlossen.
Darin ist vorgesehen, dass der Landkreis Teltow-Fläming jährlich 6,1 Mio € an das Land zahlt und diese Anteile dann dem Bund zur Verfügung gestellt werden.

Summe HGr. 3:			36.779.300	38.522.200	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

521 10 723 **Unterhaltung von Straßen und Brücken** **20.747.257** **23.008.200** **22.190.000**

Einnahmen bei den Titeln 231 30 und 281 30 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **7.355.000**

davon fällig:

2005 bis zu 7.135.000

2006 bis zu 150.000

2007 bis zu 70.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	455.100	3.052.400		3.507.500
2005		10.300	7.135.000	7.145.300
2006	24		150.000	150.024
2007			70.000	70.000
2008 ff.				
Summen	455.124	3.062.700	7.355.000	10.872.824

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Unterhaltung an Landesstraßen u.a.

- für die Auftragsvergabe an Unternehmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der Fahrbahnanlagen, Randstreifen; Nebenfahrbahnen, Brücken und Durchlässen,
- für Oberflächenbehandlung, Fahrbahnmarkierung, Lichtraumprofilschnitt, Gräben, Grasmahd, Bankette,
- für Grundmaterial (Splitt, Kalt- und Heißmischgut, Sand, Zement und Kalk),
- für die Unterhaltung und Instandsetzung von Straßenzubehör, Verkehrszeichen und Verkehrszeichenträger.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

521 11 723 **Fahrzeuge, Geräte und Maschinen** **3.479.370** **3.272.300** **3.299.800**

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
521 11

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **330.000**

davon fällig:

2005 bis zu 330.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		163.700		163.700
2005			330.000	330.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		163.700	330.000	493.700

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben u.a. für Betrieb, Wartung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Spezialfahrzeugen, Geräten und Maschinen, die für den Betriebs- und Unterhaltungsdienst an Bundes- und Landesstraßen eingesetzt werden. Dieser Aufwand erhöht sich aufgrund des vorhandenen Fahrzeug- und Gerätebestandes.

521 12 723 Gebäude, Grundstücke und Räume 980.945 1.073.800 1.000.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **10.000**

davon fällig:

2005 bis zu 10.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		15.400		15.400
2005			10.000	10.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		15.400	10.000	25.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
521 12

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Bewirtschaftung , Wartung und Reparatur ortsfester Betriebsanlagen und -einrichtungen, für die Unterhaltung und Instandsetzung der Betriebsgebäude und- räume sowie für den Ersatz und die Ergänzung des Zubehörs der Grundstücke und bauliche Anlagen bis 5.000 EUR, sofern diese im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen stehen.
Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1	Bewirtschaftungskosten	993.500
2	Mieten und Pachten	6.500
	Summe	1.000.000

521 13 723 **Betriebssprechfunk und Fernmeldeanlagen** 36.566 66.500 43.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur von Fernmeldeanlagen	11.200
2	Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur von betrieblichen Sprechfunkanlagen	31.800
	Summe	43.000

Im Rahmen der gemeinschaftlichen Straßenunterhaltung fallen Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparaturen von Fernmeldeanlagen und betrieblicher Sprechfunkanlagen an.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

521 14 723 **Dienst- und Schutzkleidung, Arbeitsschutz** 171.820 245.500 193.000

Erläuterungen:

Diese Aufwendungen dienen der Beschaffung der Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Geräte und Ausstattungsgegenstände im Selbstschutz und deren Unterhaltung, sofern diese im Zusammenhang mit der betrieblichen Unterhaltung der Straßen stehen.
Die Ausgaben für Dienst- und Schutzkleidung vermindern sich in diesem Planungszeitraum.

521 15 723 **Betrieb der Verkehrssicherheitsanlagen einschließlich Lichtzeichen und beleuchtete Verkehrszeichen** 1.189.075 1.329.400 1.198.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
521 15

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **50.000**

davon fällig:

2005 bis zu 50.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		25.600		25.600
2005			50.000	50.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		25.600	50.000	75.600

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1	Strom- und Wartungskosten für Lichtsignale	829.100
2	Strom- und Wartungskosten für beleuchtete Verkehrszeichen	369.500
Summe		1.198.600

521 16 723 **Kosten der Winterwartung** 4.167.234 3.834.700 3.608.000

Einnahmen bei Titel 233 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
521 16

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **2.050.000**

davon fällig:

2005 bis zu 1.750.000

2006 bis zu 300.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		664.700		664.700
2005			1.750.000	1.750.000
2006			300.000	300.000
2007				
2008 ff.				
Summen		664.700	2.050.000	2.714.700

Erläuterungen:

Die Aufwendungen für den Winterdienst werden z.T. als gemeinschaftliche Ausgaben des Bundes und des Landes abgerechnet. Sie umfassen u. a. die Ausgaben für Tausalze und sonstige Streumittel, für Pachten und Mieten zur Unterstellung der im Winterdienst eingesetzten Geräten und Maschinen, für die Reparaturen der im Winterdienst eingesetzten Technik sowie für die Räum- und Streuarbeiten der beauftragten Unternehmen. Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2004 EUR
1	Materialien und Stoffe für den Winterdienst	2.115.645
2	Mieten und Pachten für die untergestellte Technik	62.200
3	Reparatur für die im Winterdienst eingesetzte Technik	563.300
4	Aufträge an Dritte	866.855
Summe		3.608.000

521 17 723 Vermischte Ausgaben für die Straßenunterhaltung 71.081 204.600 96.700

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
521 17

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		5.200		5.200
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		5.200		5.200

Erläuterungen:

Die Aufwendungen der gemeinschaftlichen Straßenunterhaltung verursachen Ausgaben für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Straßenverkehrszählungen, Ausgaben für den Straßen-, Wetter- und Warndienst sowie für die Altlastenentsorgung der zu räumenden Liegenschaften.

Die Ausgaben für die Altlastenentsorgung werden geringer.

			2004 EUR
1	Ausgaben für die Vorbereitung , Durchführung und Auswertung der Verkehrszählungen		81.700
2	Ausgaben für den Straßen-, Wetter- und Warndienst		5.000
3	Altlastenentsorgung		10.000
Summe			96.700

521 30 724 Unterhaltung an Kreisstraßen
neu

0

Siehe Zweckbindungsvermerk bei Kapitel 11 460 Titel 233 30.

536 10 729 Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr 415.958 403.900 431.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
536 10

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **50.000**

davon fällig:

2005 bis zu 50.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		51.200		51.200
2005			50.000	50.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		51.200	50.000	101.200

Erläuterungen:

Die Mittel sind zur Umsetzung der Verkehrssicherheitsarbeit im Land Brandenburg veranschlagt. Bereits erfolgreich etablierte Zielgruppenprogramme werden auch im Jahr 2004 fortgeführt. Diese umfassen die Zielgruppen "Kinder und schwache Verkehrsteilnehmer", "Jugendliche und junge Verkehrsteilnehmer" und die "langjährigen Führerscheininhaber". Mehr wegen der Erarbeitung des Leitfadens "Human Factors".

546 10 723 Sonstiges 1.246 0 0

Erläuterungen:

Es fallen keine Kosten für diese Maßnahme an.

Aus Titelgruppen

778.300

732.900

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 20) 725 Zinsrückzahlungen an den Bund aus dem 0 0 0
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG)

Summe HGr. 5:

34.217.200

32.793.500

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

683 10 711 Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene 200.000
neu Eisenbahninfrastrukturunternehmen

Erläuterungen:

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.

685 10 729 Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V. 70.600 70.600 70.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
685 10

Erläuterungen:

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan der Landesverkehrswacht e.V.

Ausgaben:	Ist 2002 EUR	Soll 2003 EUR	Soll 2004 EUR
1 Personalausgaben	0	84.700	84.700
2 Verwaltungsausgaben	0	17.500	17.500
Zusammen:	0	102.200	102.200
Abzüglich Einnahmen:	0	31.600	31.600
Mithin Zuwendungsbedarf:	0	70.600	70.600

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2002 EUR	Soll 2003 EUR	Soll 2004 EUR
1 Festbetragsfinanzierung	70.600	70.600	70.600
Zusammen:	70.600	70.600	70.600

Stellenplan:	Soll 2003 Stellenanzahl	Soll 2004 Stellenanzahl
Angestellte		
1 Geschäftsführer Vergütungsgruppe III BAT-O	51.700,00	51.700,00
2 Bürokräft Vergütungsgruppe VI b BAT-O	33.000,00	33.000,00
Zusammen:	84.700,00	84.700,00
Insgesamt:	84.700,00	84.700,00

685 30	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung (Projektförderung)	408.712	300.000	300.000
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		102.300		102.300
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		102.300		102.300

Erläuterungen:

Dem Ansatz liegt neben der Unterstützung von Projekten für die Verkehrssicherheit vor allem die Weiterführung der Projekte "FIFTY-FIFTY-TAXI" und der Verkehrssicherheitskampagne "Lieber sicher, Lieber leben" zugrunde.

Summe HGr. 6:	370.600	570.600
---------------	----------------	----------------

HGr. 7: Baumaßnahmen

799 10	725	Minderausgaben bei den Baumaßnahmen	0	-5.000.000
--------	-----	--	----------	-------------------

Aus Titelgruppen	120.322.100	108.574.800
-------------------------	--------------------	--------------------

Summe HGr. 7:	115.322.100	108.574.800
----------------------	--------------------	--------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 723 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 3.039.092 2.812.000 3.365.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 830.000

davon fällig:

2005 bis zu 830.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			830.000	830.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			830.000	830.000

Erläuterungen:

Der Bund erstattet im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes die anteiligen Beschaffungskosten.
Durch die Überalterung der Winterdienst- und Unterhaltungstechnik ist eine verstärkte Ersatzbeschaffung notwendig.

Ersatzbeschaffungen:

2004		2004 EUR
58	LKW	3.236.800
25	Anhänger	97.920
20	Arbeitsmaschine	30.280
Zusammen		3.365.000

812 10 723 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 1.834.024 1.942.900 1.690.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 10

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **460.000**

davon fällig:

2005 bis zu 460.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			460.000	460.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			460.000	460.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 811 10.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Ersatzbeschaffungen von Geräten

			2004
1.	27 Geräte für den Winterdienst		812.200
2.	33 Geräte für die Straßenunterhaltung		877.800
Summe			1.690.000

881 10 neu 729 Zuweisungen für Investitionen an den Bund 6.100.000

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der bei Titel 333 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 333 10 .

883 10 725 Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß GVFG 35.486.404 35.000.000 32.422.200

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 10

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **33.200.000**

davon fällig:

2005 bis zu 13.000.000

2006 bis zu 13.000.000

2007 bis zu 6.000.000

2008 ff bis zu 1.200.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	7.669.300			7.669.300
2005			13.000.000	13.000.000
2006	78		13.000.000	13.000.078
2007			6.000.000	6.000.000
2008 ff.			1.200.000	1.200.000
Summen	7.669.378		33.200.000	40.869.378

Erläuterungen:

Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Der Fördersatz des Bundes beträgt bis zu 75 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten beim Bau oder Ausbau verkehrswichtiger Straßen.

Siehe auch Erläuterungen bei Titel 331 10.

Die Zuweisungen des Bundes sind rückläufig.

883 20	725	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	10.279.629	3.819.400	0
--------	-----	--	-------------------	------------------	----------

1.(§17 Abs. 3 LHO)

2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen				

Erläuterungen:

Das Programm ist im Jahr 2003 abgeschlossen.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

883 30	711	Zuweisungen für Investitionen für den kommunalen Straßen- und Brückenbau	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Das Programm ist abgeschlossen.

883 35	725	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	994.500	994.500	0
--------	-----	---	---------	---------	---

Der Titel ist gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60.

Erläuterungen:

Das Programm ist im Jahre 2003 abgeschlossen.

883 59	729	Schul- und Spielwegsicherung sowie Verkehrsberuhigung	401.110	450.000	450.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen				

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen auf dem Gebiet der Schul- und Spielwegsicherung, die dem Ziel der Entschärfung von Gefahrenstellen dienen.

Aus Titelgruppen

3.420.200

4.960.900

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(821 10)	723	Grunderwerb für Landesstraßen	0
----------	-----	-------------------------------	---

umgesetzt nach 11 460 / 821 70

Summe HGr. 8:	48.439.000	48.988.100
---------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Bauliche Maßnahme an Landesstraßen

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppen 60 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60 und der Titelgruppe 70 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Einnahmen bei Titel 233 10 und Titel 281 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben der TG 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Ansätze der Titelgruppe 60 dienen der Kofinanzierung für Maßnahmen des Operationellen Programms Brandenburg 2000-2006 (OP)- Infrastrukturmaßnahmen Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen - . Der Anteil beträgt 50% der förderfähigen Gesamtausgaben.

In dieser Titelgruppe sind gleichermaßen für die nach dem Landesstraßenbedarfsplangesetz vom 26.10.1995 (GVBL.

I Nr. 20) festgelegten Maßnahmen veranschlagt.

518 60 723 Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen 821.334 778.300 732.900

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 823 60.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **26.500.000**

davon fällig:

2005 bis zu

2006 bis zu 3.000.000

2007 bis zu 3.000.000

2008 ff bis zu 20.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005				
2006			3.000.000	3.000.000
2007			3.000.000	3.000.000
2008 ff.			20.500.000	20.500.000
Summen			26.500.000	26.500.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Endfinanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde" und "Schönefeldzubringer". Nach Fertigstellung der Bauabschnitte - bzw. -maßnahmen fallen die vertraglichen Zinsen an.

Das Finanzierungsmodell weist im Vergleich zu den Vorjahren andere Zahlen aus, was darin begründet liegt, dass die Maßnahme "OU Altlandsberg" entgegen den bisherigen Veranschlagungen aus der Privatfinanzierung herausgenommen und dafür die "Schönefeldzubringer" eingebunden ist.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 60

Sonderfinanzierung der Straßenbaumaßnahmen Ortsumgehung Fürstenwalde und "Schönefeldzubringer" -Zinszahlungen-

	Fürstenwalde "Schönefeldzubringer"		Gesamt
	EUR	EUR	EUR
voraussichtliche Gesamtkosten	7.943.600	26.500.000	34.443.600
bewilligt	3.027.200	0	3.027.200
veranschlagt 2003	778.300	0	778.300
veranschlagt 2004	732.900	0	732.900
Vorbehalten	3.405.200	26.500.000	29.905.200
2005	772.900	0	772.900
2006	334.900	3.000.000	3.334.900
ab 2007-2020	2.297.400	23.500.000	25.797.400

712 60 723 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und Brücken 7.851.544 8.692.000 7.431.700

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR
Betrag: **5.600.000**
davon fällig:
2005 bis zu 5.200.000
2006 bis zu 400.000
2007 bis zu
2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	121.400	5.215.200		5.336.600
2005	1.600	434.600	5.200.000	5.636.200
2006		25.600	400.000	425.600
2007				
2008 ff.				
Summen	123.000	5.675.400	5.600.000	11.398.400

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen an Landesstraßen und Brücken zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit. Dazu zählen die Maßnahmen, die vorwiegend der Verbesserung des Deckenaufbaus dienen und die bestehende Linienführung der Straße nur unwesentlich verändern.
Für die Mobilität des Wirtschaftsverkehrs ist das Infrastrukturnetz in Brandenburg aus Sicht des Zustandes dringend zu verbessern. Die Bedarfsanmeldung dient dazu, den Anteil des Straßennetzes mit vordringlichem und überfälligem Baubedarf von 60 % im Landesstraßennetz zu verringern und den verstärkten Sanierungsbedarf von ca. 4.000 Durchlässen abzubauen.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

713 60 723 Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen 29.976.020 31.734.000 25.300.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **31.407.000**

davon fällig:

2005 bis zu 21.500.000

2006 bis zu 8.600.000

2007 bis zu 1.295.000

2008 ff bis zu 12.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	8.020.900	23.008.200		31.029.100
2005	2.793.300	5.112.900	21.500.000	29.406.200
2006		2.812.100	8.600.000	11.412.100
2007			1.295.000	1.295.000
2008 ff.			12.000	12.000
Summen	10.814.200	30.933.200	31.407.000	73.154.400

Erläuterungen:

Es geht nicht nur um den Erhalt des Straßennetzes, sondern auch um eine Erhöhung der Qualität, die Verbesserung der Tragfähigkeit und der Leistungsfähigkeit der Straße einschließlich einer entsprechenden Neutrassierung unter Berücksichtigung der Umweltbelange.

Mehr aufgrund verstärkter Sanierung von unterirdischen Leistungssträngen in Ortsdurchfahrten, die Straßenbaumaßnahmen nach sich ziehen sowie verstärkte Beseitigung von Unfallschwerpunkten durch den Bau von Kreisverkehrsplätzen. Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen dienen diesem Ziel.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

Übersicht über geplante Landesstraßenbaumaßnahmen über 500.000 EUR

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten Tsd. EUR	in Vor- jahren Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Vorbe- halten bleiben Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Kyritz					
L 11	Weisen-Breese	850,0	586,0	264,0	0,0
L 11	OD Kyritz	670,0	620,0	50,0	0,0
L 14/18	OD Herzsprung	804,0	169,0	635,0	
L 14/15	Umstufungskonzept Wittstock einschl. Einstandspflicht	5.209,0	1.992,0	2.263,0	954,0
L 14	Umb. Walter-Scholz-Platz, OD Wittstock	940,0		800,0	140,0
L 15/19	Umstufungskonzept Rheinsberg	2.000,0	0,0	100,0	1.900,0
Zwischensumme		10.473,0	3.367,0	4.112,0	2.994,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Potsdam

L 40	Nuthestraße, AS Alt Nowawes-AS Neuendorfer Str.-Strecke	5.076,0	5.055,0	21,0	0,0
L 79	OU Drewitz	2.850,0	1.850,0	1.000,0	0,0
L 861	OD Göhlsdorf, 2. BA	1.300,0	500,0	800,0	0,0
L 96	Rathenow -A 2	25.980,0	2.000,0	9.080,0	14.900,0
L 96	1. BA, OU Bensdorf	4.580,0	2.000,0	2.580,0	0,0
L 96	2. BA, OU Wusterwitz	11.400,0	0,0	6.000,0	5.400,0
L 96	3. BA, OU Brandenburg/Süd	10.000,0	0,0	500,0	9.500,0
L 794	OD Ruhlsdorf	1.250,0	0,0	750,0	500,0
L 794	OD Teltow, Ruhlsdorfer Straße	2.000,0	0,0	1.100,0	900,0
L 90	OD Glindow, 2. BA	1.600,0	0,0	500,0	1.100,0
L 86	OD Damsdorf	900,0	0,0	900,0	0,0
Zwischensumme		66.936,0	11.405,0	23.231,0	32.300,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Eberswalde

L 311	OD Eiche-OE Ahrensfelde	1.150,0	900,0	250,0	0,0
L 17/171	Stadtgrenze Berlin-Hennigsdorf	653,0	593,0	60,0	0,0
L 24	OD Suckow	1.015,0	920,0	95,0	0,0
L 23	OD Lychen	1.855,0	1.555,0	300,0	0,0
L 23	OD Britz, 1. BA	1.947,0	1.747,0	200,0	0,0
L 200	B 2 Eberswalde Nord	810,0	700,0	110,0	0,0
L 200	B 2 OD Rüdnitz	1.276,0	128,0	1.148,0	0,0
L 200	B 2 Radweg Neuhütte-Sandkrug	741,0	700,0	41,0	0,0
L 30	Radweg Börnicke-Bernau	561,0	511,0	50,0	0,0
L 19	OD Kremmen, 2. BA	1.510,0	0,0	1.210,0	300,0
L 172	OD Velten, 2. BA	3.159,0	766,0	800,0	1.593,0
L 15	OD Menz	1.172,0	250,0	572,0	350,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

L 26	OA Prenzlau-Kleptow	1.432,0	0,0	1.023,0	409,0
L 26	Prenzlau-Kleptow , 2. BA	1.278,0	0,0	278,0	1.000,0
L 23	OD Götschendorf	1.022,0	0,0	1.022,0	0,0
L 191	OD Sommerfeld	1.023,0	0,0	767,0	256,0
L 21/29	OD Zehlendorf	767,0	0,0	767,0	0,0
L 22	OD Gransee	1.140,0	0,0	1.000,0	140,0
L 21	OD Liebenw alde, Radw eg	620,0	250,0	317,0	53,0
L 200	B 2, Ebersw alde	562,0	0,0	500,0	62,0
L 235	OD Werneuchen	767,0	0,0	767,0	0,0
L 273	Jamikow bis Woltersdorf	800,0	600,0	200,0	0,0
L 259	Fürstenw erder	1.000,0	750,0	250,0	0,0
L 25	Stadtmauer Fürstenw erder	600,0	450,0	150,0	0,0
L 252	OD Klockow	500,0	0,0	200,0	300,0
L 23	OD Joachimsthal, 2. BA	992,0	409,0	483,0	100,0
Zw ischensumme		27.360,0	10.820,0	12.077,0	4.463,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Wünsdorf

L 30	OD Königsw usterhausen, Luckenw alder Str., 1. BA	1.323,0	1.321,0	1,0	1,0
L 792	Mahlow Trebbiner Str. 2.BA, 2.TA	1.090,0	940,0	150,0	0,0
L 401	Wildau-Zeuthen-Eichw alde, 1. BA	1.742,0	1.292,0	450,0	0,0
L 75	Klein Ziethen	605,0	485,0	120,0	0,0
L 30/40	Netzer gänzung bei KWH	2.900,0	1.200,0	1.700,0	0,0
L 80n	Luckenw alde West, Strecke	1.260,0	400,0	860,0	0,0
L 402	Miersdorf	1.650,0	300,0	1.150,0	200,0
L 40	Diedersdorf	615,0	315,0	300,0	0,0
L 40	Königs Wusterhausen/DeutschWusterhausen	1.228,0	614,0	614,0	0,0
L 75	Groß Ziethen	1.350,0	256,0	767,0	327,0
L 40	Blankenfelde, 1. BA	1.330,0	665,0	665,0	0,0
L 30/301	Wernsdorf	1.789,0	511,0	767,0	511,0
L 79	Ludw igsfelde, Potsdamer Str.	1.200,0	500,0	500,0	200,0
L					
743/745	Motzen, 2.BA	2.377,0	0,0	1.278,0	1.099,0
L 51	Straupitz	614,0	0,0	358,0	256,0
L 30	Niederlehme	1.636,0	0,0	511,0	1.125,0
L 30	Königs Wusterhausen, 2. BA	917,0	517,0	400,0	0,0
Zw ischensumme		23.626,0	9.316,0	10.591,0	3.719,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten Tsd. EUR	in Vor- jahren Tsd. EUR	Betrag für 2004 Tsd. EUR	Vorbe- halten bleiben Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Frankfurt (Oder)					
L 33	OU Altlandsberg	6.591,0	3.197,0	3.254,0	140,0
L 45	OD Steinsdorf	791,0	400,0	391,0	0,0
L 30	OD Petershagen	514,0	400,0	114,0	0,0
L 34	Alttrebbin - KP L 33/34	853,0	603,0	250,0	0,0
L 435	OD Mixdorf, 2. BA	544,0	444,0	100,0	0,0
L 38	Petersdorf-Briesen mit Radweg	1.482,0	0,0	800,0	682,0
L 30	OD Woltersdorf	1.500,0	0,0	700,0	800,0
L 451	OD Wellmitz	1.355,0	0,0	355,0	1.000,0
L 35	OD Fürstenwalde, Oberstufenzentrum Tibus	1.035,0	0,0	305,0	730,0
L 335	Ortwig-Neubarnim	520,0	0,0	520,0	0,0
L 335	BÜ Letschin-ABS Quappendorf	770,0	0,0	380,0	390,0
Zwischensumme		15.955,0	5.044,0	7.169,0	3.742,0

714 60 723 Instandsetzung und Neubau von Brücken 7.576.376 7.720.500 6.601.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 9.088.000

davon fällig:

2005 bis zu 5.870.000

2006 bis zu 3.208.000

2007 bis zu 5.000

2008 ff bis zu 5.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
714 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	568.600	5.522.000		6.090.600
2005	5.400	1.176.000	5.870.000	7.051.400
2006		51.100	3.208.000	3.259.100
2007			5.000	5.000
2008 ff.			5.000	5.000
Summen	574.000	6.749.100	9.088.000	16.411.100

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 713 60

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Frankfurt

L 023	Spreebrücke Spreeau	1.075,0	0,0	715,0	360,0
Zwischensumme		1.075,0	0,0	715,0	360,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Potsdam

L 92	Bw 4, Brücke ü. d. Ziegeleikanal in Ketzin	620,0	511,0	109,0	0,0
L 912	B1, Brücke ü. d. Seenv Verbindung bei Pää esin	600,0	100,0	500,0	0,0
L 20	Bw 2, Brücke ü.d. Niedermeudorfer Kanal bei Schönw alde	800,0	300,0	500,0	0,0
Zwischensumme		2.020,0	911,0	1.109,0	0,0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
714 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Eberswalde

L 024	Brücke Pfingstberg DBAG	1.228,0	1.200,0	28,0	0,0
L 026	Brücke über die DB Prenzlau	3.107,0	3.007,0	100,0	0,0
L 015	Brücke Menz ü.d. Polzow kanal	511,0	0,0	327,0	184,0
Zwischensumme		4.846,0	4.207,0	455,0	184,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Cottbus

L 47	BW 1 ü. d. Kleine Spree in Spremberg	1.000,0	0,0	800,0	200,0
Zwischensumme		1.000,0	0,0	800,0	200,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag für 2004	Vorbe- halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Wünsdorf

L30/L40	Brücke ü.d. Dahme bei KWH	2.880,0	2.080,0	800,0	0,0
L 40 a	Lärmschutzw and Geh- u. Radwegbrücke KWH	585,0	584,0	1,0	0,0
L 401	Brücke BW 2 ü.d. Stichkanal Wildau	685,0	684,0	1,0	0,0
L 30/L 40	Brücke über die L 30 .30	1.000,0	300,0	500,0	200,0
Zwischensumme		5.150,0	3.648,0	1.302,0	200,0

715 60 723 Kostenanteile für Kreuzungsmaßnahmen mit Landesstraßen 6.553.779 9.203.300 7.751.000

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	5.179.000
davon fällig:	
2005 bis zu	3.624.000
2006 bis zu	1.502.500
2007 bis zu	52.500
2008 ff bis zu	

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
715 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	1.318.400	6.135.500		7.453.900
2005	24.400	4.601.700	3.624.000	8.250.100
2006		1.022.600	1.502.500	2.525.100
2007			52.500	52.500
2008 ff.				
Summen	1.342.800	11.759.800	5.179.000	18.281.600

Erläuterungen:

Im Titel sind die Kostenteile eingestellt, die das Land beim Neubau und der Änderung von Kreuzungen nach Bundesfernstraßengesetz und Eisenbahnkreuzungsgesetz zu zahlen verpflichtet ist.

Weniger aufgrund der erwarteten Anzahl von Vereinbarungen und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

716 60	723 Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	0	25.600	10.000
---------------	--	----------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben resultieren aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen bei den Fällen, bei denen unklare Rechtsverhältnisse bestehen, die auf dem Rechtswege notwendigerweise zur Kärung geführt werden. Die jeweiligen Einnahmen fließen dem Ausgabetitel zu.

Weniger aufgrund der geringeren Anzahl von erwarteten Vorfinanzierungen und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

719 60	723 Investitionen für Instandsetzungsmaßnahmen an Landesstraßen	8.813.306	8.947.600	8.597.400
---------------	--	------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **3.550.000**

davon fällig:

2005 bis zu 2.550.000

2006 bis zu 500.000

2007 bis zu 500.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		2.096.300		2.096.300
2005		25.600	2.550.000	2.575.600
2006		25.600	500.000	525.600
2007			500.000	500.000
2008 ff.				
Summen		2.147.500	3.550.000	5.697.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
719 60

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden für die Wiederherstellung vorhandener Straßenbefestigungen oder Teilen davon verwendet, sofern mehr als nur die Deckschicht betroffen ist und die deutlich über das Ausmaß einer Unterhaltungsmaßnahme hinausgeht und keine Erneuerung von Straßen darstellt.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

721 60 neu 711 Radwegeprogramm an Landesstraßen 3.500.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 1.950.000

davon fällig:

2005 bis zu 1.800.000

2006 bis zu 150.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			1.800.000	1.800.000
2006			150.000	150.000
2007				
2008 ff.				
Summen			1.950.000	1.950.000

Erläuterungen:

Der Radwegebau wurde bisher aus dem Titel 713 60 finanziert. Die separate Veranschlagung soll die bundesweit wachsende Bedeutung des Radverkehrs und die Schwerpunktsetzung auch im Land Brandenburg ersichtlich machen.

823 60 neu 723 Investitionskosten für Sonderfinanzierungen 776.550 1.139.700 865.100

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 518 60.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 49.900.000

davon fällig:

2005 bis zu 2.900.000

2006 bis zu 2.200.000

2007 bis zu 2.300.000

2008 ff bis zu 42.500.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
823 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			2.900.000	2.900.000
2006			2.200.000	2.200.000
2007			2.300.000	2.300.000
2008 ff.			42.500.000	42.500.000
Summen			49.900.000	49.900.000

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 460 / 821 60	776.550	1.139.700
Zusammen	776.550	1.139.700

In Ansatz gebracht sind die zur Zeit anfallenden Tilgungsraten der "OU Fürstenwalde".

Aus der Sonderfinanzierung ist die Maßnahmen "OU Altlandsberg" herausgenommen, so dass darin die Abweichungen im Vergleich zu vorherigen Finanzierungsmodellen begründet sind. Darüber hinaus ist vorgesehen, die "Schönefeldzubringer" im Wege der Sonderfinanzierung zu realisieren.

Sonderfinanzierung der Maßnahmen "OU Fürstenwalde" und "Schönefeldzubringer"

Investitionskosten

	OU Fürstenwalde	"Schönefeldzubringer"	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
voraussichtliche Gesamtkosten	20.310.700	49.900.000	70.210.700
bewilligt	3.972.450	0	3.972.450
veranschlagt 2003	819.500	0	819.500
veranschlagt 2004	865.100	0	865.100
			0
Vorbehalten	14.653.650	49.900.000	64.553.650
2005	913.100	2.900.000	3.813.100
2006	963.700	2.200.000	3.163.700
ab 2007 bis 2020	12.776.850	44.800.000	57.576.850

881 60	723	Kostendrittel des Landes an Kreuzungsmaßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG), Baulast: Bund	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 883 60 geleistet werden.

883 60	723	Kostendrittel des Landes an Kreuzungsmaßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG), Baulast: Kommune	308.053	255.700	300.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Einsparungen dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 881 60.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil, den das Land gemäß § 13 Abs. 1 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) bei Neu- und Umbauten von Kreuzungen zu tragen hat, für die die Baulast bei den Gemeinden liegt.

Mehr aufgrund verstärkter Bautätigkeit bei den Kommunen.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

972 60 989 Globale Minderausgabe -5.000.000
neu

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(821 60) 723 Investitionskosten für Sonderfinanzierungen 0
umgesetzt nach 11 460 / 823 60

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 68.496.700 56.089.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 70 - Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 70 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titelgruppe 60.
3. Einnahmen bei Titel 231 11 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 716 70, 717 70 und 718 70 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Ansätze der Titel 714 70 und 715 70 dienen der Kofinanzierung für Maßnahmen des Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006 (OP) - Infrastrukturmaßnahmen Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen - . Der Anteil beträgt 50% der förderfähigen Gesamtausgaben. Allein in dem Zeitraum 2004-2006 stehen EFRE - Mittel in Höhe von 45 Mio. EUR zur Verfügung, für die der entsprechende Planungsvorlauf und die Bauüberwachung gesichert werden muss. Gleichmaßen sind die Entwurfs- und Planungsmittel und die Ausgaben der Bauaufsicht für die Durchführung der Baumaßnahmen an Bundesfern- und Landesstraßen sowie Brücken eingestellt, die u.a. den erforderlichen Planungsvorlauf sichern.

713 70	722 Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Bundesstraßen	28.006.734	25.257.900	23.612.200
---------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen bei Titel 231 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 713 70 herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	12.200.000
davon fällig:	
2005 bis zu	9.600.000
2006 bis zu	2.400.000
2007 bis zu	100.000
2008 ff bis zu	100.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	1.952.400	8.998.800		10.951.200
2005	312.000	1.380.500	9.600.000	11.292.500
2006		562.500	2.400.000	2.962.500
2007			100.000	100.000
2008 ff.			100.000	100.000
Summen	2.264.400	10.941.800	12.200.000	25.406.200

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei 231 10.

Für die Umsetzung eines geschätzten Bauvolumens von 140 Mio. EUR einschließlich den zusätzlichen Mitteln, die der Bund im Zusammenhang mit den Beratungen zum Steuersenkungsgesetz für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt hat, sind diese Mittel in Ansatz gebracht.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

714 70	723 Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Landesstraßen	9.362.131	7.164.500	7.200.000
---------------	---	------------------	------------------	------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
714 70

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **3.450.000**

davon fällig:

2005 bis zu 2.880.000

2006 bis zu 470.000

2007 bis zu 100.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	204.500	26.588.000		26.792.500
2005		204.500	2.880.000	3.084.500
2006			470.000	470.000
2007			100.000	100.000
2008 ff.				
Summen	204.500	26.792.500	3.450.000	30.447.000

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen u.a. auch der Umsetzung von Baumaßnahmen an Landesstraßen, die Bestandteil des Operationellen Programms Brandenburg 2000-2006 -Verkehrsinfrastruktur-sind.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

715 70	723	Planungs- und Entwurfsbearbeitung bei Brücken an Landesstraßen	1.960.699	1.891.800	1.800.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **640.000**

davon fällig:

2005 bis zu 520.000

2006 bis zu 100.000

2007 bis zu 20.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	255.700	511.300		767.000
2005		102.300	520.000	622.300
2006			100.000	100.000
2007			20.000	20.000
2008 ff.				
Summen	255.700	613.600	640.000	1.509.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
715 70

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 714 70.

Die veranschlagten Mittel sind für die planerische Vorbereitung und Bauüberwachung der Sanierung und den Neubau von Brücken vorgesehen, die einem geschätzten jährlichen Bauvolumen von 8.000.000 EUR gegenüberstehen.

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

716 70 721 Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Autobahnen 17.901.033 15.338.800 13.600.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **10.500.000**

davon fällig:

2005 bis zu 5.500.000

2006 bis zu 5.000.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	339.000	7.413.700		7.752.700
2005		255.700	5.500.000	5.755.700
2006			5.000.000	5.000.000
2007				
2008 ff.				
Summen	339.000	7.669.400	10.500.000	18.508.400

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 231 10.

Den Ausgaben für Entwurfsbearbeitung, Planung und Bauaufsicht steht jeweils ein Bauvolumen von 120 Mio. EUR gegenüber, das der Bund im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen bereitstellt.

Weniger, da die Erhaltung gegenüber dem Neubau höhere Priorität hat und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

717 70 721 Entwurfsbearbeitung einschl. Planung an Bundesfernstraßen für die Projekte Deutscher Einheit 3.783.600 2.556.500 2.200.000

Erläuterungen:

Der Konsortialvertrag und der Gesellschaftervertrag vom 07.01.1991 beauftragen die DEGES, die Bauvorbereitung und Bauüberwachung der Bundesfernstraßenprojekte "Deutsche Einheit" durchzuführen.

Die Planungskosten für die Umsetzung dieser Verkehrsprojekte -Straße- BAB -, die auf das Land Brandenburg entfallen, sind hierfür veranschlagt.

Diesen Ausgaben steht ein Bauvolumen von etwa jährlich 20 Mio. EUR gegenüber.

Weniger aufgrund der fortgeschrittenen Fertigstellung von VDE- Maßnahmen und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

718 70 721 Planungsmittel Flughafenausbau Schönefeld 370.607 1.789.600 971.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
718 70

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **450.000**

davon fällig:

2005 bis zu 300.000

2006 bis zu 150.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		383.500		383.500
2005		25.600	300.000	325.600
2006			150.000	150.000
2007				
2008 ff.				
Summen		409.100	450.000	859.100

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld ist eine adäquate verkehrsmäßige Anbindung erforderlich. Die veranschlagten Ausgaben dienen der planerischen Vorbereitung.

Weniger in Anpassung an den Bedarf und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

821 70 723 Grunderwerb für Landesstraßen 2.608.831 2.024.800 3.795.800
neu

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **1.855.000**

davon fällig:

2005 bis zu 1.655.000

2006 bis zu 150.000

2007 bis zu 50.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		741.400		741.400
2005		127.900	1.655.000	1.782.900
2006		51.100	150.000	201.100
2007			50.000	50.000
2008 ff.				
Summen		920.400	1.855.000	2.775.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
821 70

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 460 / 821 10	2.608.831	2.024.800
Zusammen	2.608.831	2.024.800

Vorgesehen sind hierfür Ausgaben für den Grunderwerb als Voraussetzung für den Beginn (erforderlicher Erwerb von Flächen) und den Abschluss (Schlussvermessung, Grundbucheintragung) von Straßenbaumaßnahmen an Landesstraßen. Der Mehrbedarf ergibt sich jeweils aus der Anzahl der zu beschaffenden Grundstücksflächen und den in Zusammenhang stehenden Baumaßnahmen mit ihrem Baufortschritt und der vermehrten Schlussvermessung von abgeschlossenen Bauvorhaben.

972 70 989 Globale Minderausgabe -3.600.000
neu

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	56.023.900	49.579.500
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	124.520.600	105.668.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.330.300	297.000
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		16.493.800	14.095.000
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		36.779.300	38.522.200
		Gesamteinnahme		54.603.400	52.914.200
		Ausgaben			
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		34.217.200	32.793.500
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		370.600	570.600
		HGr. 7 Baumaßnahmen		115.322.100	108.574.800
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		48.439.000	48.988.100
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		0	-8.600.000
		Gesamtausgabe		198.348.900	182.327.000
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-143.745.500	-129.412.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	207.880	145.000	100.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Einnahmen für die Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Einnahmen für die Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen sind zweckgebunden bei 546 20 zu verausgaben und nicht veranschlagt.

Weniger weil die Zuständigkeit für den Druck und die Ausgabe von osteuropäischen Transportgenehmigungen an das Bundesamt für Güterverkehr übergegangen ist.

				2004 EUR
1.	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht			100.000
2.	Einnahmen für die " Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen "			0
Summe				100.000

119 10	749	Sonstige Einnahmen	169	20.000	0
--------	-----	---------------------------	------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Es fallen keine Einnahmen an.

119 15 neu	749	Rückflüsse aus Zuwendungen	90.461		0
---------------	-----	-----------------------------------	---------------	--	----------

Summe HGr. 1:				165.000	100.000
---------------	--	--	--	----------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	791	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.495	43.500	0
--------	-----	--	--------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Weniger, weil die Zuständigkeit für die Erstellung (Übersetzungskosten, Druckkosten, Siegelkosten) und den Versand für Transportgenehmigungen für 13 osteuropäische und asiatische Länder an das Bundesamt für Güterverkehr übergegangen ist.

536 10	749	Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung	498.533	506.200	510.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Die Aufsicht über die Straßenbahnen wird nach § 5 (2) BOStrab als Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde wahrgenommen.
Mehr aufgrund der tariflichen Verpflichtungen.

537 10	791	Ausgaben für Gutachten	213.457	245.400	192.500
--------	-----	-------------------------------	----------------	----------------	----------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **120.000**

davon fällig:

2005 bis zu 120.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			120.000	120.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			120.000	120.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
537 10

Erläuterungen:

		2004
-	Untersuchung zu menschlichen Einflussfaktoren auf das Fahrverhalten von Risikogruppen	15.000
	Konzept zur Verkehrssicherheit an Oberstufenzentren; hier insbesondere Vernetzung der OSZ untereinander	22.500
	Analyse und Bewertung der Verkehrserreichbarkeit, Verbindungsqualität und Ladegunst in Bezug auf raumstrukturelle Wirkungen und Verkehrsaufwand im Personen-u.Güter/Wirtschaftsverkehr im Gesantraum Berlin - BB	30.000
	Analyse und Bewertung der Verkehrsentwicklung (Daten) im Personen- u. Güterverkehr einschl. Verkehrsinfrastrukturbereich in BB im Zeitraum 2000-2002 (Verkehrsbericht)	35.000
	Konzept Schienengüterverkehr	30.000
	Optimierung des Schleusenregimes	10.000
	Verkehrswirtschaftliche Untersuchung für die Übernahme sonstiger Bundeswasserstraßen	35.000
	Einrichtung von Regieebenen im ÖPNV	15.000
Summe		192.500

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

537 20 165 **Verkehrsforschung** 0 51.100 21.500

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 20 neu 749 **Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"** 0

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 111 10 aufkommenden Einnahmen "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen" geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 1 Abs. 2 der Eisenbahnprüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden. Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch die Einnahmen bei Titel 111 10 gedeckt.

Aus Titelgruppen 562.400 530.000

Summe HGr. 5: 1.408.600 1.254.000

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10 791 **Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz** 2.577 3.100 2.600

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr getragen.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

685 10 731 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung** 102.300 102.300 102.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
685 10

Erläuterungen:

Nach § 27 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 30.09.1986 (BGBl. S. 1529) sind die Länder für die Reinhaltung der Gewässer verantwortlich. Bis zur Inkraftsetzung eines einheitlichen Modells zur Entsorgung der Abwässer der Binnenschifffahrt in der Bundesrepublik Deutschland wird entsprechend dem Verfahren in den alten Bundesländern die Entsorgung der Abwässer der Berufs- und Sportschifffahrt aus öffentlichen Mitteln anteilig finanziert. Damit wird ein unkontrolliertes Abpumpen der ölhaltigen Bilgenwasser in die Wasserstraßen vermieden.

685 30	741	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)	1.629	2.000	1.700
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur institutionellen Förderung gemäß dem Wirtschaftsplan der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft. Die Höhe der institutionellen Förderung der DVWG durch die Bundesländer ergibt sich nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel vom 15.04.1993. Abweichend davon zahlen die neuen Bundesländer bisher einen lediglich auf Einwohner-Basis errechneten Anteil.

Summe HGr. 6:			107.400	106.600
---------------	--	--	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 10)	731	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für den "Ausbau Finowkanal"	0	0	0
----------	-----	---	----------	----------	----------

(883 30)	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für die Verbesserung der Fähren	0	0	0
----------	-----	---	----------	----------	----------

Summe HGr. 8:			1.406.200	300.000
---------------	--	--	------------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Planungsleistungen, die nicht über EFRE, GA und andere Programme förderfähig sind, aber die Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Förderprogramme bilden.
Des weiteren werden kleine und mittlere Investitionen gefördert als Ergänzung der Gesamtinvestition zur Erweiterung der Infrastruktur der Binnenhäfen.
Damit werden Binnenhäfen als Konzentrationspunkte der Wirtschafts- und Logistikansiedlung entwickelt, zur leichteren Nutzung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Binnenschifffahrt.

Weniger in Anpassung an den Bedarf und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

883 60	731	Zuweisungen an Gemeinden	69.227	869.300	200.000
--------	-----	--------------------------	--------	---------	---------

891 60	731	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	1.361.213	434.600	0
--------	-----	--------------------------------------	-----------	---------	---

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

892 60	731	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
--------	-----	----------------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60			1.303.900	200.000
-------------------------------------	--	--	-----------	---------

TGr. 80 - "Landeswasserstraßen"

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die gesetzliche Grundlage bildet das Brandenburgische Wassergesetz vom 15. Juli 1994 und die darauf beruhende Landesschifffahrtsverordnung.
Veranschlagt sind die Mittel für Beschaffung, Austausch und Aufstellung von Schifffahrtszeichen, Tonnen und Bojen sowie für die Verbesserung der technischen und betrieblichen Bedingungen der Schifffahrtsanlagen an den schiffbaren Landesgewässern:
- Kennzeichen für Landeswasserstraßen
- Ausstattung mit Bojen, Tonnen und Schildern
- Schaffung und Verbesserung der technischen Bedingungen an Schifffahrtsanlagen sowie deren Unterhaltung:
Wartung, Reparatur und Ersatz der Schifffahrtszeichen, Bojen und Tonnen
- Wartung, Reparatur von Schifffahrtsanlagen
- Schifffahrtsgerechte Ausbaggerungen, Hindernisbeseitigung und Ufermaßnahmen.
Weniger in Anpassung an den Bedarf.

521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	611.013	562.400	530.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

812 80	731	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die schiffbaren Landesgewässer	23.263	102.300	100.000
--------	-----	---	--------	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			664.700	630.000
-------------------------------------	--	--	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			1.968.600	830.000
---	--	--	-----------	---------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	165.000	100.000
Gesamteinnahme			165.000	100.000
Ausgaben				
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.408.600	1.254.000
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	107.400	106.600
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.406.200	300.000
Gesamtausgabe			2.922.200	1.660.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.757.200	-1.560.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 490 Luftfahrt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	759	Gebühren, sonstige Entgelte	110.267	72.000	25.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKOSTV).

Weniger aufgrund des Wegfalls von Aufgaben und der damit verbundenen Gebührenerhebung.

112 10	759	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

119 10	759	Sonstige Einnahmen	1.368	1.000	0
--------	-----	---------------------------	--------------	--------------	----------

119 40	759	Einnahmen aus Rückzahlungen aus Vorjahren	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 1:			73.000	25.000
---------------	--	--	---------------	---------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 490 Luftfahrt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 12	759	Fluglärmkommission	1.235	4.600	3.000
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für den Flughafen Berlin - Schönefeld sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

537 10	759	Gutachten für den Vollzug des Luftverkehrsgesetzes	0	102.300	111.000
--------	-----	--	---	---------	---------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Durch das MSWV als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde sind fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören notwendige Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung spezieller technischer und flugbetrieblicher Probleme. Hierzu muss auf den Sachverstand anerkannter externer Gutachter und Wissenschaftler zurückgegriffen werden.

Aus Titelgruppen	46.000	43.500
-------------------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:	152.900	157.500
---------------	---------	---------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 12	751	Personal- und Sachkosten für die Flugsicherungsstellen	3.897	111.300	100.000
--------	-----	--	-------	---------	---------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Aus Titelgruppen	291.400	300.000
-------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 6:	402.700	400.000
---------------	---------	---------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	759	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	1.367.413	72.600	0
--------	-----	--	-----------	--------	---

Erläuterungen:

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

892 11	759	Erwerb von Geräten zur Verbesserung der Flugsicherheit	39.888	103.400	137.000
--------	-----	--	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 8:	176.000	137.000
---------------	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 70 - Luftaufsicht

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Ausübung der Luftaufsicht ist hoheitliche Aufgabe auf der Grundlage des § 29 Luftverkehrsgesetz (LuftVG).
Personelle und sachliche Sicherstellung der Luftaufsicht gemäß §§ 29 (1) und 29a LuftVG.

Dazu gehören:

- Kosten für Aus- und Weiterbildung des Luftaufsichtspersonals
- Kosten der Einrichtung von Luftaufsichtstellen, einschließlich Geräten und Ausstattungsgegenständen, sowie den dabei entstehenden Post- und Fernmeldegebühren
- Kosten für Mieten und Pachten
- Kosten der ehrenamtlichen, überörtlichen Luftaufsicht und ggf. notwendiger Luftaufsichtsmaßnahmen (unabwendbare Maßnahmen)
- Personalkostenzuschuss für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal entsprechend § 29 (2) LuftVG durchgeführt wird.
- Kosten für die Reinigung der Räume der Luftaufsicht auf dem Flughafen Schönefeld gem. Reinigungsvertrag.

511 70	835	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für die Luftaufsicht	16.140	28.100	25.500
--------	-----	--	--------	--------	--------

517 70	835	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	221	300	300
--------	-----	--	-----	-----	-----

518 70	835	Mieten und Pachten	186	300	200
--------	-----	--------------------	-----	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier die jährlichen Kosten für einen Stellplatz.

525 70	835	Aus - und Fortbildung für die Beauftragten der Luftaufsicht	11.923	11.200	12.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

536 70	835	Kosten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	0	6.100	5.000
--------	-----	---	---	-------	-------

685 70	835	Personalkostenzuschuss für die Luftaufsicht	216.403	291.400	300.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

812 70	835	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	337.400	343.500
-------------------------------------	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	337.400	343.500
---	---------	---------

11
11 490 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Luftfahrt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			73.000	25.000
Gesamteinnahme			73.000	25.000
Ausgaben				
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			152.900	157.500
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			402.700	400.000
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			176.000	137.000
Gesamtausgabe			731.600	694.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-658.600	-669.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	91	0	0
--------	-----	-----------------------------	----	---	---

Erläuterungen:

Es fallen keine Gebühren mehr an, da die Aufgaben an die Kreise und Kreisfreien Städte übertragen wurden.

119 10	749	Sonstige Einnahmen	0	256.000	0
--------	-----	--------------------	---	---------	---

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der Anpassung an die Ist-Einnahmen.

Summe HGr. 1:	256.000	0
---------------	---------	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	749	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung	385.240.000	419.942.200	396.883.800
--------	-----	---	-------------	-------------	-------------

Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben der Titel 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 883 60, 891 60 und 892 60 des Kapitels 11 500 verwendet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27.12.93 liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern. Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Im Ersten Gesetz zur Änderung des RegG vom 26.06.2002 wurden die Jahresbeträge bis 2007 festgelegt, die dem Land ab 2008 zustehenden Beträge werden auf der Basis einer neuen Revision in 2007 neu bestimmt.

Summe HGr. 2:	419.942.200	396.883.800
---------------	-------------	-------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den öffentlichen Personennahverkehr	19.066.000	21.106.100	21.614.800
--------	-----	---	------------	------------	------------

Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei Titelgruppe 70 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titelgruppe 70. Gemäß dem GVFG, zuletzt geändert durch Art. 6d. Eisenbahnneuordnungsgesetz vom 27.12.1993 (BGBl I S. 2.378 und 2.417) erhalten die Länder Zuweisungen für Investitionen vom Bund für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.

Summe HGr. 3:	21.106.100	21.614.800
---------------	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

1. - Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 883 60, 891 60, 892 60.
- Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 231 10 erhöhen oder vermindern die Ausgabenmittel dieser Titel.
2. - Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppen 70 und 80 gegenseitig deckungsfähig.
- Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 10 erhöhen oder vermindern die Ausgabenmittel der Titel der Titelgruppe 70.

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10 749 Ausgaben für Gutachten und Geschäftsbesorgung 535.162 306.800 1.000.000

(§17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	460.400			460.400
2005	465.100			465.100
2006	469.800			469.800
2007	474.500			474.500
2008 ff.				
Summen	1.869.800			1.869.800

Erläuterungen:

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Infrastruktur- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH (IPG) regelt die Art und den Umfang der Unterstützung des MSWV auf dem Gebiet des SPNV- Infrastrukturmanagements. Ziel ist die Entwicklung , effektive Nutzung und langfristige Bestandssicherung der Schieneninfrastruktur für den SPNV.

Verschiedene Gutachten zu Fragen der SPNV-Planung und -Entwicklung u.a. " Umsetzung verkehrlicher Prämissen zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung zwischen dem Land Brandenburg und der Wojewodschaft Lubuskie"

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 5: 306.800 1.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	749	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller	295.173.553	287.081.300	275.000.000
--------	-----	--	-------------	-------------	-------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **273.000.000**

davon fällig:

2005 bis zu	32.000.000
2006 bis zu	33.000.000
2007 bis zu	33.000.000
2008 ff bis zu	175.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	261.625.800			261.625.800
2005	214.340.000		32.000.000	246.340.000
2006	189.660.000		33.000.000	222.660.000
2007	192.510.000		33.000.000	225.510.000
2008 ff.	815.530.000		175.000.000	990.530.000
Summen	1.673.665.800		273.000.000	1.946.665.800

Erläuterungen:

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV, vertreten durch die VBB GmbH, auf der Grundlage des RegG, des ÖPNV- Gesetzes des Landes Brandenburg, des Bahnkonzeptes 2009 und der fortgeschriebenen SPNV- Planverordnung des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die "Vereinbarung zwischen der Regierung des Landes Brandenburg und dem Senat von Berlin über die Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes im SPNV in der Region Berlin/Brandenburg" die Grundlage für die Finanzierung von nach Berlin hineinführenden bzw. durchzubindenden Regionalverkehrsleistungen.

683 10	749	Betriebskostenausgleich an private SPNV - Leistungsersteller	6.445.866	7.669.400	14.000.000
--------	-----	--	-----------	-----------	------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	4.240.000			4.240.000
2005	31.185.500			31.185.500
2006	29.065.500			29.065.500
2007	29.277.000			29.277.000
2008 ff.	210.482.500			210.482.500
Summen	304.250.500			304.250.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
683 10

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 682 10.

Mehr in Anpassung an den Bedarf auf Grund der Ausschreibungen im SPNV. Demnach erhalten mehr private Leistungsersteller den Zuschlag.

683 20	749	Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH	4.451.347	3.579.000	3.000.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) wurde am 30.12.1996 gegründet. Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen.

Weniger in Anpassung an den Wirtschaftsplan.

Aus Titelgruppen	61.790.400	66.000.000
-------------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 6:	360.120.100	358.000.000
---------------	--------------------	--------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	749	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	189.235	3.834.700	9.000.000
---------------	------------	---	----------------	------------------	------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	401.600			401.600
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen	401.600			401.600

Erläuterungen:

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das "Bahnkonzept 2009" und das jährliche Investitionsprogramm SPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MSWV zur Förderung von Investitionen für den SPNV im Land Brandenburg (Rili SPNV- Invest). Darüber hinaus werden aus diesem Titel und dem Titel 891 10 die bereitgestellten EFRE- Mittel aus dem OP 2000-2006 für SPNV- Maßnahmen komplementiert.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

891 10	749	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	44.979.169	29.264.000	15.815.800
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
891 10

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	12.385.100	1.533.900		13.919.000
2005	276.000	1.533.900		1.809.900
2006		1.533.900		1.533.900
2007		1.533.900		1.533.900
2008 ff.				
Summen	12.661.100	6.135.600		18.796.700

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

892 10	749	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	3.067.800	3.068.000
--------	-----	--	---	-----------	-----------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

Aus Titelgruppen

42.690.200

31.614.800

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(891 11)	749	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Planungsleistungen	0	0	0
----------	-----	---	---	---	---

Summe HGr. 8:

78.856.700

59.498.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Finanzierung des übrigen ÖPNV (üÖPNV)

(§ 17 (3) LHO)

Erläuterungen:

1. Zuweisungen an die Aufgabenträger des übrigen ÖPNV nach § 11 (1) ÖPNVG
 2. Ausgleich besonderer verkehrlicher Lasten
Die Zuweisungen zu 1. und 2. erfolgen entsprechend der Richtlinie des MSWV zur Förderung von Verkehrsleistungen des übrigen ÖPNV.
 3. Förderung gemäß §§ 10 (2) und 11 (3) ÖPNVG (Verbundsicherung)
 4. Ausgleichsleistungen an Verkehrsunternehmen im Ausbildungsverkehr gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG).
 5. Zuweisungen und Zuschüsse für die Förderung des übrigen ÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des § 10 (2) i.V. mit § 11 (3) ÖPNVG und der Richtlinie GVFG Brandenburg.
- Weniger in Anpassung an den Bedarf.

633 60	741	Förderung der Aufgabenträger	22.972.937	26.000.000	26.000.000
671 60	741	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG	46.836.685	35.790.400	40.000.000
883 60	741	Zuweisungen an Gemeinden	3.125.740	5.112.900	3.000.000
891 60	741	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	3.843.490	18.000.000	6.000.000
892 60	741	Zuschüsse an private Unternehmen	774.416	511.300	1.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 85.414.600 76.000.000

TGr. 70 - Investitionen für den übrigen ÖPNV (üÖPNV) gemäß
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)

(§17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse für Infrastruktur- und Fahrzeugförderung für den üÖPNV gem. GVFG. Grundlage bildet die Richtlinie GVFG Brandenburg.
Mehr, durch Umsetzung aller Titel der TG 80 nach TG 70.

883 70	741	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2.151.174	3.722.100	0
--------	-----	--	-----------	-----------	---

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 500 / 883 80	2.151.174	3.722.100
Zusammen	2.151.174	3.722.100

891 70	741	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	17.911.957	13.298.700	19.614.800
--------	-----	--	------------	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
891 70

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		1.022.600		1.022.600
2005		1.329.400		1.329.400
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		2.352.000		2.352.000

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 500 / 891 80	4.782.710	5.113.000
Zusammen	4.782.710	5.113.000

892 70 741 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 1.566.314 2.045.200 2.000.000

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
11 500 / 892 80	0	511.300
Zusammen	0	511.300

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 19.066.000 21.614.800

TGr. 80 - Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gem.
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - Infrastrukturförderung

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Weniger, nach Umsetzung der TG 80 nach TG 70

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 80) 741 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden
umgesetzt nach 11 500 / 883 70

(891 80) 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen
umgesetzt nach 11 500 / 891 70

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

(892 80) 741 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen
 umgesetzt nach 11 500 / 892 70

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			104.480.600	97.614.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		256.000	0
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		419.942.200	396.883.800
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		21.106.100	21.614.800
		Gesamteinnahme		441.304.300	418.498.600
		Ausgaben			
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		306.800	1.000.000
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		360.120.100	358.000.000
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		78.856.700	59.498.600
		Gesamtausgabe		439.283.600	418.498.600
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)		2.020.700	0

Haushaltsübersicht 2004

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
				2004	2005	2006	2007	2008 ff.
			1.000 EUR					
1		2	3	4	5	6	7	
11 010		Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr						
541 10		Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	2,5	2,5				
11 020		Allgemeine Bewilligungen						
531 20		Öffentlichkeitsarbeit	5,0	5,0				
613 10		Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag	3.704,3	1.476,8	2.227,5			
11 040		Angelegenheiten der Stadtentwicklung						
541 10		Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	230,0	230,0				
883 20		Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	16.448,1	4.328,4	6.059,8	3.462,8	2.597,1	
883 21		Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	16.448,1	4.328,4	6.059,8	3.462,8	2.597,1	
883 27		Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	2.869,0	755,0	1.057,0	604,0	453,0	
883 28		Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	2.869,0	755,0	1.057,0	604,0	453,0	
883 30		Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	18.094,0	4.762,0	6.666,0	3.809,0	2.857,0	
883 31		Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	18.094,0	4.762,0	6.666,0	3.809,0	2.857,0	
883 33		Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung	8.000,0	4.000,0	4.000,0			
883 40		Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	23.373,7	6.492,7	9.089,7	4.544,9	3.246,4	
883 41		Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	23.373,7	6.492,7	9.089,7	4.544,9	3.246,4	
892 10		Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaues	1.040,0	260,0	260,0	260,0	260,0	
11 060		Angelegenheiten des Wohnungswesen						
537 10		Kosten für Gutachten	127,9	127,9				
537 20		Kosten für Baugutachten	102,3	102,3				
541 10		Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	80,0	80,0				
541 20		Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	12,0	12,0				
11 410		Straßenbauämter						
811 10		Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	13,0	13,0				
		Titel aus Titelgruppe 60						
525 60		Ausbildungsausgaben einschließlich Reise-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten	50,0	50,0				
11 460		Straßen- und Brückenbau						
521 10		Unterhaltung von Straßen und Brücken	7.355,0	7.135,0	150,0	70,0		
521 11		Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	330,0	330,0				
521 12		Gebäude, Grundstücke und Räume	10,0	10,0				
521 15		Betrieb der Verkehrssicherheitsanlagen einschließlich Lichtzeichen und beleuchtete Verkehrszeichen	50,0	50,0				
521 16		Kosten der Winterwartung	2.050,0	1.750,0	300,0			
536 10		Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	50,0	50,0				
811 10		Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	830,0	830,0				
812 10		Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	460,0	460,0				
883 10		Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß GVFG	33.200,0	13.000,0	13.000,0	6.000,0	1.200,0	

Haushaltsübersicht 2004

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächti-gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
Titel			2004	2005	2006	2007	2008 ff.
1	2	3	4	5	6	7	
	Titel aus Titelgruppe 60						
518 60	Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen	26.500,0		3.000,0	3.000,0	20.500,0	
712 60	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und Brücken	5.600,0	5.200,0	400,0			
713 60	Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen	31.407,0	21.500,0	8.600,0	1.295,0	12,0	
714 60	Instandsetzung und Neubau von Brücken	9.088,0	5.870,0	3.208,0	5,0	5,0	
715 60	Kostenanteile für Kreuzungsmaßnahmen mit Landesstraßen	5.179,0	3.624,0	1.502,5	52,5		
719 60	Investitionen für Instandsetzungsmaßnahmen an Landesstraßen	3.550,0	2.550,0	500,0	500,0		
721 60	Radwegeprogramm an Landesstraßen	1.950,0	1.800,0	150,0			
823 60	Investitionskosten für Sonderfinanzierungen	49.900,0	2.900,0	2.200,0	2.300,0	42.500,0	
	Titel aus Titelgruppe 70						
713 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Bundesstraßen	12.200,0	9.600,0	2.400,0	100,0	100,0	
714 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Landesstraßen	3.450,0	2.880,0	470,0	100,0		
715 70	Planungs- und Entwurfsbearbeitung bei Brücken an Landesstraßen	640,0	520,0	100,0	20,0		
716 70	Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Autobahnen	10.500,0	5.500,0	5.000,0			
718 70	Planungsmittel Flughafen ausbau Schönefeld	450,0	300,0	150,0			
821 70	Grunderwerb für Landesstraßen	1.855,0	1.655,0	150,0	50,0		
11 470	Förderung der übrigen Verkehrsträger						
537 10	Ausgaben für Gutachten	120,0	120,0				
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs						
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller	273.000,0	32.000,0	33.000,0	33.000,0	175.000,0	
	Zusammen:	614.660,6	158.669,7	126.513,0	71.593,9	257.884,0	

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

[illegible]

[illegible]

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Krafträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
11 010 geleast	10 5	10 5					1	1	11 5	11 5
11 100 geleast	1	1							1	1
11 400 geleast	22 1	22 1	4	4			3	3	29 1	29 1
11 410 geleast	145 2	145 2	15	15					160 2	160 2
11 420 geleast	67	67	13	13					80	80
11 460 geleast	2	2	305	305			317	317	624	624
Zus. geleast	247 8	247 8	337	337			321	321	905 8	905 8